



WOLFGANG MAIER (HRSG.)

DIE WAHRNEHMUNG VON TTIP IM AUSLAND

STIMMUNGSBILDER AUS EUROPA UND DEN USA

INHALT

4 | ZUSAMMENFASSUNG

6 | VORWORT

7 | STIMMUNGSBILDER AUS AUSGEWÄHLTEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

<i>Belgien</i>	7
<i>Bulgarien</i>	8
<i>Estland</i>	10
<i>Frankreich</i>	11
<i>Griechenland</i>	13
<i>Italien</i>	15
<i>Kroatien</i>	17
<i>Lettland</i>	19
<i>Litauen</i>	20
<i>Luxemburg</i>	22
<i>Niederlande</i>	24
<i>Polen</i>	25
<i>Rumänien</i>	26
<i>Slowakei</i>	28
<i>Spanien</i>	30
<i>Tschechien</i>	32
<i>Ungarn</i>	34
<i>Vereinigtes Königreich</i>	36

38 | STIMMUNGSBILD AUS DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

41 | ABKÜRZUNGEN

42 | AUTORENHINWEISE

Zusammenfassung

In fast allen betrachteten europäischen Staaten genießen die TTIP-Verhandlungen keine große Aufmerksamkeit. Häufig sind es andere außen- und innenpolitische Themen, die die Debatte über ein transatlantisches Handelsabkommen überlagern.

Gerade vor dem Hintergrund des russischen Verhaltens in der Ukraine-Krise gewinnt die geostrategische Bedeutung einer transatlantischen Partnerschaft an Bedeutung. Es sind vor allem die baltischen Staaten, die in TTIP neben den ökonomischen Vorteilen auch ein wichtiges Symbol für die historisch bedeutsamen Beziehungen zu den USA sehen.

Von einer wie in Deutschland hoch emotionalisierten Debatte, die beinahe ausschließlich auf vermeintliche Gefahren durch das Abkommen rekurriert, kann in den anderen Ländern Europas ganz überwiegend nicht gesprochen werden.

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika tritt das Thema TTIP in der Aufmerksamkeit hinter andere zurück. Hier sind es vor allem die im November anstehenden Wahlen und die in der Endphase befindlichen TPP-Verhandlungen, die dafür verantwortlich sind.

■ **Berichterstattung in den Medien**

TTIP ist in den untersuchten Ländern der EU medial zumeist wenig präsent.

Die Berichterstattung erfolgt aber zumindest in aller Regel faktenorientiert und ausgewogen. Eine Ausnahme scheint hierbei Griechenland zu sein: Auch hier wird wenig berichtet, aber wenn, dann meistens unsachlich und mit einer Tendenz gegen das Abkommen.

Die Themen, die am häufigsten diskutiert werden, sind der geplante Investitionsschutz, der Umgang mit genetisch veränderten Organismen und die Transparenz der Verhandlungen. In den osteuropäischen Ländern kommt als wichtiges Thema die Energieversorgung, vor allem der mögliche Import von Flüssiggas, hinzu.

In den USA wird momentan noch sehr wenig über TTIP berichtet. Im Gegensatz zu den TPP-Verhandlungen scheint das Thema noch zu unkonkret und zu komplex zu sein. Erfahrungsgemäß dürften die transatlantischen Verhandlungen stärker in den medialen Fokus rücken, sobald im Kongress darüber beraten wird.

■ **Diskussion in der Öffentlichkeit**

In einer Reihe von europäischen Ländern werden die laufenden Verhandlungen überwiegend oder ausschließlich in Fachkreisen diskutiert. In nicht wenigen Ländern gibt es Organisationen, vor allem aus dem Umwelt- und Verbraucherschutzbereich, die sich sehr ablehnend positionieren.

Frankreich ist ein Beispiel, in dem generell die Skepsis überwiegt und die laufenden Verhandlungen nur wenige überzeugende und einflussreiche Befürworter haben. Gleichwohl ist die in Frankreich anfangs sehr hitzig geführte Debatte zunehmend in den Hintergrund getreten.



In Großbritannien erregen vor allem mögliche Auswirkungen von TTIP auf den nationalen Gesundheitsdienst NHS die Gemüter. Trotz der Beteuerungen von Seiten der Kommission, dass öffentliche Dienstleistungen wie der NHS nicht von dem Abkommen berührt werden, und der Tatsache, dass bereits in allen bisherigen Handelsabkommen der EU eine solche Ausnahme festgeschrieben ist, gibt es auf diesem Feld große Sorge.

In den Vereinigten Staaten bekennt sich eine Mehrheit der Bevölkerung zu freiem Handel und auch ganz konkret zu freiem Handel mit der Europäischen Union und Deutschland. Einzelne Kritikpunkte werden von NGOs vorgetragen, ohne jedoch den positiven Gesamteindruck in der Öffentlichkeit zu schmälern.

■ **TTIP in der Politik**

Die Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten stehen geschlossen hinter den TTIP-Verhandlungen. Ein Blick auf die europäischen Parteienfamilien offenbart, dass die EVP- und ALDE-Parteien TTIP positiv sehen. Die SPE-Parteien geben ein uneinheitliches Bild ab, sind aber tendenziell auch für einen erfolgreichen Abschluss der Gespräche. Die Parteien der EL- und EGP-Familie stehen dem Abkommen grundsätzlich ablehnend gegenüber.

Neben den erwähnten sicherheitspolitischen Aspekten spielt für manche osteuropäischen Regierungen ein weiterer Punkt eine Rolle: In den 1990er Jahren wurden eine Reihe von Investitionsschutzabkommen mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen, die inzwischen in einigen Punkten als überholt gelten und somit als unvorteilhaft angesehen werden. Ein neues Abkommen mit einem verbesserten Investitionsschutz böte die Möglichkeit, die alten Regelungen abzulösen, die ansonsten unverändert weitergelten würden.

In den Vereinigten Staaten sind Regierung und die beiden großen Parteien ebenfalls im Grundsatz für TTIP, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Strittig zwischen Regierung und Parlament ist jedoch, ob dem Präsidenten mit einer sogenannten TPA die Möglichkeit gegeben wird, die Verhandlungen in einem beschleunigten Verfahren abzuschließen.

■ **Stimmen aus der Wirtschaft**

Die Vertreter der Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks wünschen sich einen zügigen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen. In einigen europäischen Ländern ist die Anerkennung geschützter geografischer Angaben bei Lebensmitteln ein besonders wichtiger Aspekt der Gespräche. Einige kleinere Volkswirtschaften sorgen sich über einen höheren Wettbewerbsdruck, der jedoch ganz im Sinne der Verbraucher wäre.

Deutschland

BIP 2013:
2.737,6 Mrd €

Exporte: **1.387,2 Mrd €**
Extra-EU: **470,5 Mrd €**

Importe: **1.219,4 Mrd €**
Extra-EU: **316,5 Mrd €**

Der Außenhandel nimmt eine zentrale Rolle in Deutschlands Wirtschaft ein, die Debatte über TTIP ist daher für Deutschland besonders wichtig. Die Stimmungsbilder dieser Broschüre sollen helfen, diese Diskussion in einen europäischen und internationalen Zusammenhang zu setzen. Die jeweiligen Wirtschaftsdaten sollen als Orientierung für die Bedeutung des jeweiligen Außenhandels dienen, „Extra-EU“ bezeichnet dabei den Anteil des Handels, der mit Ländern außerhalb der EU abgewickelt wird.

Vorwort

Seit Juli 2013 verhandeln die Europäische Union und die USA über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Der Abschluss dieser Verhandlungen wird nicht vor Ende 2015 erwartet.

Obwohl viele Inhalte des angestrebten Abkommens noch gar nicht feststehen, hat sich in Deutschland ein gut organisierter Protest formiert, der den Abbruch der Verhandlungen fordert. Mitunter entsteht der Eindruck, dass die Debatte sehr emotional und weniger faktenorientiert geführt wird.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in besonderem Maße der europäischen Einigung und den transatlantischen Beziehungen verpflichtet. In der Überzeugung, dass eine gut gestaltete Handels- und Investitionspartnerschaft mit den Vereinigten Staaten Deutschland und Europa wirtschaftliche und politische Vorteile eröffnen würde, ist die Konrad-Adenauer-Stiftung an einer sachlichen und konstruktiven Debatte interessiert. Zu einer solchen sachlichen Debatte gehört auch der Blick über unseren deutschen Tellerrand, schließlich verhandelt die Europäische Kommission nicht allein für Deutschland. Die EU besteht aus 28 Mitgliedstaaten und jeder dieser Mitgliedstaaten bringt seine eigene Sichtweise und seine eigenen Interessen in die Debatte ein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist mit ihren Büros in Europa und den USA direkt vor Ort und möchte mit den vorliegenden Stimmungsbildern einen Einblick in die Diskussion über TTIP in diesen Ländern geben und damit unsere deutsche Debatte in einen europäischen und internationalen Zusammenhang setzen.

Welchen Stellenwert hat die Diskussion über TTIP im europäischen Ausland und den USA? Wie berichten die Medien, wie diskutiert die Öffentlichkeit? Wie hat sich die Politik positioniert und welche Stimmen kommen dazu aus der Wirtschaft? Auf diese Fragen möchte die vorliegende Publikation Antworten geben. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Dr. Wolfgang Maier

Stellv. Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit



BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Die Berichterstattung in den belgischen Medien über TTIP ist eher zurückhaltend. Etwas präsenter war das Thema während des öffentlichen Konsultationsprozesses der Europäischen Kommission, es wurde danach aber schnell wieder von der Besetzung der neuen Kommission unter Jean-Claude Juncker und der nationalen Regierungsbildung verdrängt.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Die belgische Koalition für menschenwürdige Arbeit, ein Zusammenschluss von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, lehnt das Abkommen ab. „Wir lehnen es ab, dass die Lobbys der Multinationalen noch mehr Macht gewinnen, um unsere Gesetze und Lebensweisen zu diktieren. Wir erwarten, dass die eingesetzten Konsultierungsprozesse eine echte Transparenz und Berücksichtigung erfahren“, so ihr Vertreter Michel Cermak. Die Koalition fordert Verbesserungen: so sollen die sozialen Regeln und Errungenschaften nicht dem Regulierungsrat zur Verhandlung zufallen; der geplante Investitionsschutz soll vollständig abgelehnt werden; auf eine Negativliste zur Liberalisierung der Dienstleistungen, die den Schutz öffentlicher Dienstleistungen viel schwieriger machen würde, soll verzichtet werden.

In Brüssel fand knapp zwei Wochen vor der Europawahl eine Demonstration gegen TTIP statt, zu der Attac aufgerufen hatte. Ca. 240 Demonstranten wurden festgenommen, darunter nach Medienangaben auch zwei Parlamentsabgeordnete der belgischen Grünen.

TTIP IN DER POLITIK

In der EU-Kommission Barroso II zeichnete mit Handelskommissar Karel de Gucht, Open Vld (ALDE), auf europäischer Seite ein Belgier für die TTIP-Verhandlungen verantwortlich. Wiederholt entgegnete er dem Vorwurf der Intransparenz: Verhandlungen abseits des Scheinwerferlichts würden Vertrauen zwischen den Verhandlungspartnern schaffen. Dies sei essentiell für konstruktive Verhandlungen. Auch die Position, dass eine Verringerung der Barrieren zu einer Senkung der Standards führe, wird mit dem Beispiel des Binnenmarktes entkräftet. Hier hätten niedrigere Barrieren nicht zu einem niedrigeren Sicherheitsniveau geführt: „Wir sollten den Protektionismus verringern, jedoch den bisherigen Schutz beibehalten.“

Hinsichtlich des geplanten Investitionsschutzes verweist er auf die bereits in vielen EU-Staaten vorhandenen vertraglichen Abkommen mit den USA. Die Frage sollte seiner Meinung nach also weniger „ISDS – Ja oder Nein?“, sondern viel eher „Welche Art von ISDS wollen wir haben?“ lauten. Für de Gucht steht bei TTIP die Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund, Belgien könnte besonders stark beim Maschinenbau und bei der Logistik profitieren. Die Absenkung europäischer Standards gehe nicht damit einher.

Zahlreiche belgische Parteien befürworten die TTIP-Verhandlungen und haben im Parlament dafür gestimmt, darunter die Parteien der Regierungskoalition unter Charles Michel: MR (ALDE), Open Vld (ALDE), CD&V (EVP) und N-VA (EFA). Ebenfalls positiv zu

Belgien

BIP 2013:
382,7 Mrd €

Exporte: **328,6 Mrd €**
Extra-EU: **105,8 Mrd €**

Importe: **321,9 Mrd €**
Extra-EU: **114,3 Mrd €**

den Verhandlungen stehen SPa (SPE), LDD (AECR) und CDH (EVP). Letztere befürwortet dabei die stärkere Einbindung des Europäischen Parlaments in die Verhandlungen. Zudem müssten die für den internationalen Handel gesetzten humanitären, sozialen, gesundheitlichen und umwelttechnischen Standards sowie die grundlegenden Arbeitsrechte erfüllt werden. Nur so könnte die erforderliche Transparenz erreicht werden.

Die PS (SPE) hält das Abkommen dagegen für eine Gefahr für die Bürger, es wird von einer „Intoxikation“ gesprochen. Vor allem die geplante Schiedsklausel wird kritisch gesehen, die Kosten der Unternehmen würden auf die Bürger abgewälzt. Eine Sicherung der Standards in den Punkten Datenschutz, Umwelt, Ernährung und Kultur wird gefordert. Ebenfalls gegen das Abkommen stimmten die Parlamentarier von Ecolo (EGP) und Groen (EGP).

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Ebenso wie AmChams Belgium unterstützt der Verband der belgischen Unternehmer (FEB-VBO) TTIP ausdrücklich. Der Verband verweist auf die hohe Exportabhängigkeit der belgischen Wirtschaft mit einer Exportquote von über 92 Prozent. Die USA sind dabei außerhalb der EU der wichtigste Handelspartner Belgiens.



Bulgarien

Bulgarien

BIP 2013:

39,9 Mrd €

Exporte: **28,0 Mrd €**

Extra-EU: **8,9 Mrd €**

Importe: **28,4 Mrd €**

Extra-EU: **10,4 Mrd €**

Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft ist kein führendes Thema in der öffentlichen Diskussion in Bulgarien. Das Thema war und ist aber dennoch im Zusammenhang mit der Europawahl 2014, in verschiedenen Diskussionsforen und auf Konferenzen, sowie in Äußerungen der Interimsregierung unter Georgi Blisnaschki präsent.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Alles in allem ist TTIP kein zentrales Thema in den Medien, fand aber bspw. im Zusammenhang mit der Europawahl 2014 Beachtung. Insgesamt dominierten in den letzten Monaten aber innenpolitische Themen wie die vorgezogenen Parlamentswahlen, die Krise in der Ukraine, die Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und ihre Auswirkung auf die bulgarische (Energie-)Wirtschaft.

Artikel über TTIP gibt es in allen wichtigen Tages- und Wirtschaftszeitungen, in Beiträgen der Nachrichtenagenturen BGNES und Fokus, in Reportagen des Nationalrundfunks und des Darik-Radiosenders. Unabhängige Blogger veröffentlichen ebenfalls Artikel und Übersetzungen ausländischer Beiträge. Die bulgarischen Medien thematisieren vor allem die mit dem Abkommen verbundenen Risiken für kleine Volkswirtschaften wie die bulgarische: ein zu erwartender stärkerer Wettbewerb durch amerikanische Produkte, besonders durch subventionierte Agrarproduktion, und eventuelle Einschränkungen der Möglichkeiten auf dem Gebiet der Sozial- und Umweltpolitik durch den geplanten Investitionsschutz.

Die vermeintlich fehlende Transparenz bei den Verhandlungen, die passive Haltung der bulgarischen Regierung sowie die befürchtete Beeinträchtigung der hohen europäischen Nahrungsmittelstandards, der Arbeitsbedingungen und der Umweltbestimmungen gehören zu den anderen Themen im Abkommen, die für Diskussionen sorgen.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Die öffentliche Debatte in Bulgarien startete mit einer Konferenz der US-amerikanischen Handelskammer am 24. Oktober 2013. An der Konferenz nahmen neben Staatspräsident Plewneliev und den Vizepremiers Bobeva und Slatanova hochrangige europäische und amerikanische Experten, Diplomaten und Vertreter internationaler Unternehmen und Banken teil. Die wichtigsten behandelten Themen waren die bestehenden Handelsbarrieren, Schlüsselfaktoren für den Freihandel und der erwartete Nutzen vom Abkommen zwischen der EU und den USA.

Auf Seiten der TTIP-Gegner hat die Vereinigung Solidarisches Bulgarien eine führende Rolle in der Popularisierung vermeintlicher Risiken eingenommen. Über eine eigene Rubrik auf ihrer Website verbreitet die Vereinigung sowohl eigene als auch übersetzte Beiträge. Im Juni organisierte sie eine Diskussion über die Auswirkungen von TTIP auf Bulgarien und bemängelte das Fehlen seriöser Risikoanalysen in Zusammenhang mit der Gefährdung von Arbeitsplätzen und der Qualitätsgarantien für Nahrungsmittel. Es wurden Zweifel an der aktiven Rolle des bulgarischen Staates bei den Debatten über das Abkommen angemeldet. Die Thesen der Vereinigung werden auch von grünen NGOs in Bulgarien wie bspw. Für die Erde und Bluelink unterstützt.

TTIP IN DER POLITIK

Die amtierende Übergangsregierung bekundet unter Berufung auf den Nutzen für die bulgarische Wirtschaft durch verbesserten Zugang zum amerikanischen Markt vor allem für bulgarische Agrarprodukte, für Dienstleistungen und im Rahmen öffentlicher Aufträge ihre Unterstützung für TTIP.

Staatspräsident Plewneliev sagte während einer Konferenz im Oktober 2013, dass es Bulgariens Anliegen sein müsse, bei den Verhandlungen Erleichterungen für die bulgarischen KMU, die die größten Schwierigkeiten hätten, sich auf ausländischen Märkten zu etablieren, zu erzielen. Bereits unter der Vorgängerregierung Orescharki befürwortete Bulgarien den geplanten Investitionsschutz, verlangte jedoch zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor unbegründeten Forderungen von Investoren an den Staat.

In den Wahlprogrammen für die vorgezogene Parlamentswahl am 5. Oktober 2014 wurde TTIP von mehreren Parteien angeschnitten, wenn auch nicht an führender Stelle. Volle Unterstützung für das Abkommen hat der Reformblock, ein Wahlbündnis aus fünf Parteien, davon zwei EVP-Parteien, bekundet, dem auch die ehemalige Eurokommissarin Meglena Kuneva angehört. Das Handelsabkommen sei „vital“ für Bulgarien. Die bürgerliche GERB (EVP) unterstützt ebenfalls das geplante Abkommen und folgt ihrer langfristigen Politik zur Vertiefung der transatlantischen Zusammenarbeit als Garant der Sicherheit und Entwicklung Bulgariens.

Die Bulgarische Sozialistische Partei (SPE) ist gegen jegliche Aufweichung der europäischen sozialen und ökologischen Standards bei den TTIP-Verhandlungen. Die außerparlamentarische Grüne Partei hat appelliert, das Abkommen nicht zu unterzeichnen, da es ihrer Meinung nach zu einem erhöhten Druck auf die bulgarischen Hersteller durch subventionierte amerikanische Einfuhren, zu Beeinträchtigungen bei den Arbeitsnormen, bei der Umwelt und Nahrungsmittelsicherheit und der nationalen Souveränität führen werde.

Die relativ junge und aus der BSP hervorgegangene linke Partei ABV, der auch der ehemalige Staatspräsident Georgi Parwanov angehört, kritisiert die Unterstützung von TTIP durch die Übergangsregierung, da darin eine Kompetenzüberschreitung gesehen wird. Die Partei spricht sich darüber hinaus gegen die Einfuhr gentechnisch veränderter Nahrungsmittel aus.



Estland

BIP 2013:

18,6 Mrd €

Exporte: **16,3 Mrd €**

Extra-EU: **3,6 Mrd €**

Importe: **16,2 Mrd €**

Extra-EU: **2,5 Mrd €**

Prinzipiell lässt sich die Einstellung der Esten zu TTIP als positiv charakterisieren: je schneller und weitgehender die Märkte liberalisiert werden, desto besser. Allerdings beruht diese Einstellung weniger auf tatsächlichen Überlegungen zu TTIP, sondern liegt vielmehr in der historisch wohlmeinenden Betrachtung der USA begründet, die als konstantester Befürworter der estnischen Unabhängigkeitsbestrebungen wahrgenommen wurden. Dies führt zu einer gemeinhin positiveren Grundstimmung gegenüber den USA als in vielen anderen europäischen Ländern. Darüber hinaus herrscht eine traditionelle Zustimmung zu freiem Handel und einem niedrigem Zollniveau vor. So zählt die estnische Außenpolitik liberale Wirtschaftsbeziehungen und einen liberalen Wirtschaftsraum explizit zu ihren Zielen.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Die Berichterstattung in der Medienlandschaft Estlands über TTIP fällt gering aus und ist faktenorientiert; Meinungsartikel oder Diskussionsbeiträge sind weniger vertreten. Oft werden lediglich ausländische Presseberichte übersetzt. Wenn eine eigene Berichterstattung erfolgt, so ist sie meist eng fokussiert auf einige wenige spezielle Themengebiete, so z. B. die Möglichkeit der Differenzierung der Energieversorgung durch US-amerikanisches Flüssiggas (LNG), um die Abhängigkeit von Russland zu mindern.

Prinzipiell stehen die Medien TTIP sehr positiv gegenüber, allerdings sind aktuelle politische Geschehnisse, vor allem auf Russland bezogene, in der Wahrnehmung wesentlich höher angesetzt und beanspruchen auch deutlich mehr Überschriften für sich. In gegenseitiger Abhängigkeit kommt so praktisch keine öffentliche Diskussion zu Stande und es wird wiederum nicht über TTIP berichtet.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Eine breite öffentliche Diskussion über TTIP findet in Estland nicht statt. Es gibt sicherlich auch Gegner des Abkommens, allerdings haben diese kein öffentliches Forum und werden nicht wahrgenommen, bzw. unternehmen selbst geringe Anstrengung dahingehend. Die Gewerkschaften, traditionell nicht besonders stark in Estland, stehen den Verhandlungen eher positiv gegenüber.

In der öffentlichen Wahrnehmung herrscht die Meinung vor, Estland sei zu klein und unbedeutend im Vergleich zu europäischen Handelsschwergewichten wie Deutschland

oder Frankreich, um tatsächlich etwas zu ändern. Außerdem seien die Verhandlungen noch nicht derart vorangeschritten, dass es sich lohne, schon Ergebnisse zu diskutieren. Erklärungen von offizieller Seite, dass bestehende Normen und Einschränkungen, z. B. in Bezug auf gentechnisch veränderte Organismen nicht geschwächt oder geändert werden, stoßen in der Öffentlichkeit auf wohlwollende Zustimmung.

TTIP IN DER POLITIK

Die Regierung Estlands und alle im Parlament vertretenen Parteien sind als TTIP-Befürworter einzuschätzen. Es hat sich zumindest kein Parlamentsmitglied öffentlich negativ zu der angestrebten Partnerschaft geäußert. Natürlich ist das einer öffentlichen Diskussion nicht zuträglich, da klar voneinander abgegrenzte Diskussionspartner fehlen und es keine parlamentarische Diskussionen und Kontroversen bezüglich TTIP gibt.

Etwas Unbehagen kann lediglich bei der oppositionellen Zentrumspartei festgestellt werden. Dieses ist allerdings ihrer allgemein Russland-freundlichen Haltung geschuldet, die eine gewisse Skepsis gegenüber den USA mit sich bringt.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Die estnische Wirtschaft scheint von TTIP keine gravierenden Auswirkungen bzw. Änderungen für sich zu erwarten und beteiligt sich daher nicht an der Debatte. Dialog- und Informationsveranstaltungen der Vertretung der EU-Kommission stoßen auf wenig Resonanz. Das kann auch damit erklärt werden, dass sich einerseits die außenwirtschaftlichen Aktivitäten Estlands hauptsächlich auf die Ostseeanrainer sowie die Nordseestaaten konzentrieren, also regional begrenzt sind, andererseits Estland schon sehr weitfassende bilaterale Abkommen mit den USA hat, sodass manche Berührungspunkte entfallen.



Während TTIP zu Beginn der Verhandlungen noch die Gemüter in Frankreich in Wallung gebracht hat, ist es in den letzten Monaten um die geplante transatlantische Partnerschaft recht still geworden. Die Wirtschaftskrise, die hohe Arbeitslosigkeit, der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, der Vertrauensverlust in den Präsidenten und die Regierung, das Privatleben des Präsidenten, die Krise innerhalb der Opposition, speziell der UMP (EVP), all das beherrscht gegenwärtig die politische Debatte in Frankreich. Da bleibt für TTIP keine Aufmerksamkeit.

Von dieser derzeitigen fehlenden öffentlichen Wahrnehmung unbenommen ist Frankreich generell nicht bekannt als eine der Speerspitzen des freien Welthandels. Im Gegenteil: Es herrscht eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den Einflüssen der Weltwirtschaft auf die französische Wirtschaft, Politik und Kultur vor.

Frankreich

BIP 2013:
2.059,9 Mrd €

Exporte: **560,2 Mrd €**
Extra-EU: **177,6 Mrd €**

Importe: **600,7 Mrd €**
Extra-EU: **165,3 Mrd €**

Berühmtheit erlangte beispielsweise das „Loi Toubon“, das darauf abzielt, die Verwendung der französischen Sprache in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz, in der Wirtschaft und insbesondere im kulturellen Leben zu schützen und zu fördern. Dieses Gesetz steht stellvertretend dafür, wie französische Politik vorzugsweise mit den Einflüssen der Weltwirtschaft auf Frankreich, seine Politik, Wirtschaft und Kultur umgeht: abwehrend, protektionistisch, defensiv.

Einerseits ist Frankreich ein Land, das intensiv in die Weltwirtschaft integriert ist, das trotz Wirtschaftskrise noch immer große Exporterfolge aufweist, bedeutende Direktinvestitionen aus dem Ausland anlockt und selbst in großem Stil im Ausland investiert, dessen Kultur in die Welt ausstrahlt und das jedes Jahr Millionen Touristen anlockt. Andererseits wird vielfach die Mondialisation als Gefahr betrachtet, vor der man sich schützen und deren negative Einflüsse man abwehren müsse. Es besteht allgemein eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Mondialisation. Während in anderen Staaten Globalisierung zunächst als gegeben hingenommen wird und man sich die Frage stellt, wie die Globalisierung mitgestaltet und die Konsequenzen der Globalisierung möglichst intensiv für den eigenen Vorteil genutzt werden können, verharrt Frankreich überwiegend in einer Position der Abwehr und würde sich nach Meinung mancher Politiker am besten völlig aus der Mondialisation verabschieden. Arnaud Montebourg, immerhin bis gegen Ende August 2014 noch französischer Wirtschaftsminister und während der Vorwahlen zu den Präsidentschaftswahlen 2012 Kandidat, propagierte in seinem Vorwahlkampf gar den Ausstieg aus der Mondialisation. Er erzielte beachtliche 17 Prozent der Stimmen und wurde zu einem gefeierten Exponenten der Linken innerhalb der PS (SPE).

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass auch im rechtsextremen und im links-extremen politischen Spektrum die Mondialisation als etwas Negatives gesehen wird. Diesem negativen Einfluss müsse sich Frankreich so weit wie möglich entziehen – so ist von Marine Le Pen, FN (EAF), bis Jean-Luc Mélenchon, PG (EL), zu vernehmen. Zu diesem Einfluss zählt dann auch ein mögliches transatlantisches Freihandelsabkommen.

So hat TTIP in Frankreich leider nur wenige überzeugende und einflussreiche Befürworter und es überwiegen die ablehnenden und negativen Kommentare. Sogleich als die Verhandlungen zwischen der EU und den USA in Angriff genommen und das Verhandlungsmandat der EU-Kommission im Juni 2013 beschlossen werden sollte, bestand die französische Regierung auf der „exception culturelle“, d. h. dem Ausschluss von audiovisuellen Dienstleistungen aus den Verhandlungen. Der Reflex des „Loi Toubon“ funktioniert noch immer.

Natürlich gibt es auch einige Befürworter der Verhandlungen, etwa unter den Abgeordneten der UMP (EVP). Auch unter den Unternehmern und ihren Verbänden, wie z. B. MEDEF, finden sich naturgemäß zahlreiche Unterstützer. Dagegen ist die Ablehnung der Gewerkschaften in Frankreich besonders ausgeprägt.

Generell überwiegt aber unter nahezu allen Beteiligten die Skepsis: Der Vorschlag für die TTIP-Verhandlungen sei aus den USA gekommen und schon deshalb verdächtig, weil offenbar die USA an dem Abkommen interessiert seien. Der geplante Investitionsschutz und die möglicherweise horrenden Kosten bei Schlichtungsverfahren werden angeführt, ebenso mögliche Konsequenzen für Lebensmittel- und Landwirtschaftsstandards. Moniert wird ebenfalls die Geheimhaltung um den Verlauf der Verhandlungen. Auch werden die erwarteten Wachstumsgewinne und deren Verteilung insgesamt in Zweifel gezogen.

„Ich bin dem Abkommen gegenüber sehr feindlich eingestellt. Wir müssen anerkennen, dass die glückliche Globalisierung nicht stattgefunden hat. Die multinationalen Konzerne befinden sich in einer Position, die wir nicht kontrollieren können“, so die Sozialistin Marie-Noelle Lienemann, eine Exponentin des linken Flügels der PS (SPE), in einer Diskussion über TTIP mit der zuständigen Ministerin im Senat.

Griechenland



Der Diskussionsverlauf in Griechenland zum Thema TTIP steht beispielhaft dafür, wie Fragen der europäischen und internationalen Politik derzeit von den relevanten politischen Akteuren im Land behandelt und im Schatten einer schwierigen innenpolitischen Gemengelage erörtert werden. Im Falle von TTIP verfolgt die Regierungskoalition aus der konservativen Nea Dimokratia (EVP) und der sozialdemokratischen PASOK (SPE) eine vollständig pro-europäische Linie, wenn sie das Land auf internationaler oder europäischer Ebene vertritt. Auf der anderen Seite findet sich eine sehr populistische, innenpolitisch orientierte sowie wenig konstruktive Kritik von der wichtigsten Oppositionspartei, dem Bündnis der radikalen Linken SYRIZA (EL). Insgesamt wird TTIP in den griechischen Medien wenig Beachtung geschenkt und auch in öffentlichen Diskussionen und Stellungnahmen von Meinungsführern spielt das Vorhaben eine nachgeordnete Rolle.

Griechenland

BIP 2013:

182,1 Mrd €

Exporte: 53,0 Mrd €

Extra-EU: 14,7 Mrd €

Importe: 57,8 Mrd €

Extra-EU: 24,7 Mrd €

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Die Diskussion zum Thema TTIP hat es in Griechenland bisher nicht geschafft, Schlagzeilen zu machen. Die griechische Presse ist fast ausschließlich auf innenpolitische Themen konzentriert, wobei die Wirtschaftslage des Landes und nach wie vor anstehende Reformen die tagespolitische Agenda vollkommen dominieren. Eine ausgewogenere Information der griechischen Bevölkerung über Vor- und Nachteile von TTIP sowie eine Darstellung möglicher Wohlfahrtsgewinne durch ein transatlantisches Handelsabkommen und Möglichkeiten für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung auf diesem Wege bleiben bisher aus.

Die Medien haben in Griechenland darüber hinaus bis jetzt sehr wenig sachlich über TTIP berichtet. Die überwiegende Mehrheit der Artikel zum Thema wurde von Zeitungen aus dem in Griechenland stark aufgestellten, ausgeprägt linken Medienspektrum wie Avgi und Epohi und Weblogs wie left.gr mit einem stark populistischen, „antikapitalistischen“ und anti-amerikanischen Tenor platziert. Die sachliche Medienberichterstattung über Vor- und Nachteile steht im Hintergrund, die Beiträge der linken Presse stehen im Zeichen einer klaren Positionierung gegen TTIP. Wichtigen Aspekten des freien Handels wie z. B. der Tatsache, dass die Existenz von Handelshemmnissen und unterschiedlichen Standards und Verfahren oftmals gegen die Interessen der Verbraucher ist, wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Zeitungen wie Kathimerini oder Ta Nea, die durch qualitativeren Journalismus hervortreten, haben das Thema TTIP zum ersten Mal anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Griechenland zu Beginn des Jahres 2014 aufgegriffen. TTIP war eine der inhaltlichen Prioritäten der griechischen Regierung für ihre Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2014. Trotz einer positiven Darstellung von TTIP wird das Freihandelsabkommen in Griechenland als ein zu technisches Projekt für einen Austausch mit der Bevölkerung angesehen.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Eine öffentliche Diskussion über TTIP findet in Griechenland quasi nicht statt. Die Diskussion wird stattdessen nur in Fachveranstaltungen geführt, die hauptsächlich von Think Tanks organisiert und von Experten besucht werden. Trotz dieser Voraussetzungen finden diese Veranstaltungen mit – je nach ausrichtender Institution – stark verzerrter Diskussionsführung statt, dies zumeist mit deutlich ablehnender Positionierung. Wenige griechische Institutionen tun sich bisher mit ausgewogenen Fachinformationen über die positiven wie negativen Effekte einer weiteren transatlantischen Handelsliberalisierung hervor.

TTIP IN DER POLITIK

Die griechische Regierung bekennt sich klar zum Abschluss des transatlantischen Freihandelsabkommens. Doch die Parteien der Mitte sind in Griechenland inhaltlich nach wie vor stark durch die schwierige wirtschaftliche Lage sowie die anstehende Reformagenda für das Land absorbiert. Die Regierung muss sich der Herausforderung einer Auseinandersetzung mit einer extrem populistisch aufgestellten Opposition im Parlament stellen. Diese nutzt die Fundamentalopposition zu TTIP innenpolitisch.

Die Parteien der Regierungskoalition, Nea Dimokratia (EVP) und PASOK (SPE), sprechen sich für den erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen aus. Die Tatsache, dass TTIP eine der Prioritäten der griechischen EU-Ratspräsidentschaft war, stellte dies unter Beweis. Innenpolitisch erhält das Thema dennoch wenig Beachtung: Es wird als kompliziert und technisch sowie in der jetzigen wirtschaftlichen Situation des Landes als dem Wähler schwer vermittelbar eingestuft. Mögliche Vorteile für den griechischen Privatsektor aus einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen werden nicht diskutiert. Zudem hat dieser Sektor der griechischen Wirtschaft keine besonders starke politische Lobby.

Die Hauptoppositionspartei im griechischen Parlament SYRIZA (EL) hat mit ihrer kategorischen Ablehnung von TTIP eine klare Position zum Thema bezogen. Nachdem der Parteivorsitzende Alexis Tsipras als Präsidentschaftskandidat der Linken für die EU-Kommission nominiert wurde, musste sich SYRIZA in diversen Fragen der europäischen und internationalen Politik inhaltlich aufstellen. SYRIZA lehnt TTIP ab und tritt, ganz im Gegenteil, klar für eine stärkere Besteuerung des griechischen Privatsektors ein – unbesehen der Tatsache, dass dieser Sektor massiv von der Krise betroffen ist.

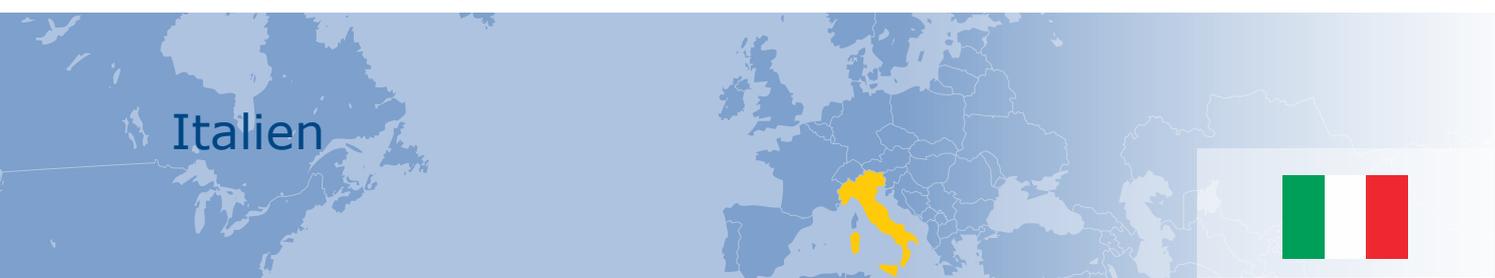
Alle anderen, hauptsächlich euroskeptischen Parteien der sogenannten „kleinen Opposition“ in Griechenland, sind aufgrund des befürchteten weiteren Verlusts nationaler Souveränität gegen TTIP. Fundamentalopposition zu TTIP kommt ebenfalls von der kommunistischen KKE: Diese historisch wichtige Partei der griechischen Linken argumentiert, dass TTIP eine Form von Wirtschafts-NATO mit dem Ziel des Schutzes amerikanischer und europäischer kapitalistischer Interessen sei. Stimmen wie diese finden in Griechenland – nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines historisch verwurzelten Anti-Amerikanismus – viel Gehör.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Die Industrie- und Handelskammer von Athen liefert die derzeit einzige wirklich ausgewogene Stellungnahme zu TTIP von griechischer Seite. Sie betont die Tatsache, dass nichttarifäre Handelshemmnisse und verschiedene Standards und Verfahren gegen die Interessen des Handels und letztlich auch des Verbrauchers sind. Die Aufhebung dieser Hindernisse würde erhebliche wirtschaftliche Vorteile für die Industrie und die Verbraucher durch stark reduzierte Kosten haben und Wohlfahrtsgewinne mit sich bringen. Auf der Website der Industrie- und Handelskammer von Athen wird die Einschätzung des britischen Premierministers Cameron zitiert, dass erfolgreiche TTIP-Verhandlungen insgesamt bis zu zwei Millionen neuer Arbeitsplätze generieren könnten.

Aber auch Risiken werden von der Kammer angeführt, vor allem in Bezug auf die Auswirkungen von TTIP auf kleine Volkswirtschaften wie Griechenland. Das Hauptrisiko hat mit dem Schutz bestimmter Ursprungsbezeichnungen und geografischer Angaben zu tun, so bspw. bei Agrarprodukten wie Feta, Wein und Olivenöl, die für die griechische Agrarwirtschaft eine große Rolle spielen.

Die Griechisch-Amerikanische Handelskammer hat eine Kampagne initiiert, die unter anderem über das Internet vermehrt wichtige Informationen über TTIP für ihre Mitglieder und für andere Interessierte anbietet. Auslöser dieser Kampagne war eine Umfrage, die zu dem Schluss kommt, dass 50 Prozent der Mitglieder der Kammer gar nichts von der Existenz der Verhandlungen zu einem transatlantischen Freihandelsabkommen wissen und lediglich 10 Prozent gut informiert sind. In Anbetracht der Tatsache, dass die Mitglieder, die aus den Bereichen Bau, Beratung, Logistik, Nahrungsmittel, Handel, Sicherheit, Metall, Technik, Bekleidung, Tourismus und Weinindustrie kommen, sicherlich als größte Stakeholder in Bezug auf TTIP gelten können, muss dies erstaunen.



Während die Verhandlungen für eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft in Deutschland oder Frankreich für hitzige Diskussionen sorgen, ist das Thema in Italien noch nicht in der öffentlichen Debatte angekommen. Dies mag mit den von Matteo Renzi abgekündigten institutionellen Reformen im Justiz- und Schulbereich und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Italien zusammenhängen, die das Thema im vierten Quartal 2014 überschatten. Die Wirtschaftskrise in Italien bestimmt derzeit die Tagespolitik und verschleiert den Blick auf wichtige Themen, die in der Zukunft anstehen.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Trotz der Ankündigung von Premierminister Matteo Renzi, im Rahmen der italienischen Ratspräsidentschaft die TTIP-Verhandlungen zu beschleunigen, scheint das Freihandelsabkommen kaum Resonanz in den italienischen Medien zu finden. Auch auf Blogs oder in den sozialen Medien kommt TTIP nur sporadisch zur Sprache.

Italien

BIP 2013:
1.560,0 Mrd €

Exporte: **474,7 Mrd €**
Extra-EU: **180,5 Mrd €**

Importe: **436,1 Mrd €**
Extra-EU: **160,6 Mrd €**

Vereinzelt melden sich die Gegner des Abkommens zu Wort, die politisch extrem links zu verorten und daher in Medien wie den Tageszeitungen *Il Manifesto*, *Il Fatto Quotidiano* oder der Zweimonatszeitschrift *Micromega* schreiben oder aber extrem rechts und nationalistisch anzusiedeln sind.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Eine Debatte in der breiten Öffentlichkeit fehlt bisher. Mitglieder der international organisierten Bewegungen wie *Slow Food* oder *Attac* haben ihre Bedenken jedoch in ihren Netzwerken publik gemacht.

Die Kampagne *STOP TAFTA/TTIP ITALIA*, die im Februar 2014 gegründet wurde, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Einführung von TTIP zu verhindern und die Öffentlichkeit über die vermeintlichen Konsequenzen des Abkommens aufzuklären. Lediglich 413 Personen italienweit unterstützen die Initiative zum Zeitpunkt der Recherche (5. September 2014). Die Gründer bestehen hauptsächlich aus Umweltschutzorganisationen und Aktivisten, Globalisierungsgegnern und Verbraucherschützern. Politisch wird die Kampagne u.a. unterstützt von den Parteien *Movimento Cinque Stelle*, *Partito EcoAnimalista*, *Partito Pirata Italiano*, *Partito Umanista*, *Rifondazione Comunista (EL)* und *Socialista Ecologica Libertà*.

Die drei wichtigsten italienischen Gewerkschaften *CGIL*, *CISL* und *UIL* lehnen TTIP zwar nicht generell ab, haben aber Vorbehalte gegenüber der bisherigen als geheim empfundenen Verhandlungsführung und einigen Inhalten des Abkommens. Sie lehnen eine Ausweitung der Finanzdienstleistungen, die den Bürger weiteren Risiken aussetzen würde, ab, ebenso einen Investitionsschutz, der die internationalen Großunternehmen zum Nachteil anderer sozialer Instanzen privilegiere.

Als positives Element sehen die Gewerkschaften, dass TTIP zu einer internationalen Vernetzung der Arbeitnehmer und zu einer Verbesserung der weltweiten Arbeitsbedingungen führen könne. So heißt es im gemeinsamen Standpunkt der europäischen und amerikanischen Gewerkschaftsvereinigungen, TTIP mache nur Sinn, wenn es die Schaffung von neuen, qualitativ guten Arbeitsplätzen sowie eine nachhaltige Entwicklung fördere. Allerdings, so die italienischen Gewerkschaften: „Wenn die Unterhändler den Gewerkschaftsbedingungen nicht folgen, sollten die Verhandlungen sofort abgebrochen werden.“

TTIP IN DER POLITIK

Die Regierungspartei *PD (SPE)* unter Premierminister *Matteo Renzi* setzt sich für das Freihandelsabkommen ein und betont die Bedeutung der gemeinsamen Beziehungen zwischen der EU und den USA. *Renzi* hatte angekündigt, dass die Ratifizierung des Abkommens eine Priorität der italienischen EU-Ratspräsidentschaft sei. Er wolle versuchen, die Position der EU noch im zweiten Halbjahr 2014 zu einem Abschluss zu bringen. *Renzi* setzt für die italienische EU-Ratspräsidentschaft in erster Linie auf politische Programme, die die Wettbewerbsfähigkeit der EU und insbesondere der KMU als Wachstumsmotoren fördern und damit auch auf die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft.

Die Regierungsparteien *Partito Democratico (SPE)* und tendenziell auch das *Nuovo Centro-destra (EVP)* sprechen sich folgerichtig für TTIP aus. Die grundsätzlich wirtschaftsliberal ausgerichtete *Berlusconi-Partei Forza Italia (EVP)* steht dem Abkommen ebenfalls positiv gegenüber.

Die bürgerliche Partei *Scelta Civica* um *Mario Monti* favorisiert einen Schritt nach vorne bei den transatlantischen Handelsbeziehungen und möchte das Freihandelsabkommen noch im Jahr 2014 beschlossen sehen. Dies könne ein wichtiger Faktor sein, um Europa aus der

Krise zu führen und die Stagnation der italienischen Wirtschaft zu beenden, heißt es im Parteiprogramm.

Strikt gegen TTIP dagegen – und diese Stimmen sind am präsentesten – sind Beppe Grillos M5S und die Lega Nord (MELD), während sich die europaskeptischen Fratelli dell’Italia etwas gemäßigter gegen TTIP positionieren. Das M5S sieht vor allem Gefahren für die italienischen Nahrungsmittelhersteller, auf deren hochwertige Exporte Italien, mehr als andere europäische Länder, angewiesen sei. Diese Unternehmen könnten aus Sicht des M5S nicht gegen die Konkurrenz der amerikanischen Großunternehmen und ihrer günstigen Produktion bestehen. Zum anderen würde der italienische Nahrungsmittelmarkt mit gentechnisch veränderten Produkten überschwemmt, die die italienische Biodiversität zerstören.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Der italienische Arbeitgeberverband Confindustria unterstützt die Pläne für eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. Der Verband fordert, bei der Anerkennung geografischer Angaben im Bereich der Lebensmittelindustrie und des Problems des „Italian sounding“ auch in der Modebranche die Interessen der italienischen Industrie besser zu berücksichtigen.

Confindustria setzt auf die positiven Effekte auf Produktivität, Kosten und Umsätze der italienischen Unternehmen durch den Wegfall von Handels- und Zollbarrieren. Dies könne zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung in dieser ökonomischen Krisenzeit führen. Gleichzeitig ist für den Verband die Vereinbarkeit hoher italienischer Standards mit teilweise niedrigeren in den USA noch nicht geklärt.



Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft wird in Kroatien von anderen aktuellen Themen, wie dem Konflikt mit Russland, überlagert und nimmt in der lokalen Berichterstattung deshalb nur eine untergeordnete Rolle ein. Die Thematik hat also weder in den kroatischen Medien noch in der kroatischen Politik und Wirtschaft merklich Einzug gehalten. Sowohl die kroatische Regierung als auch die wichtigsten Parteien des Landes befassen sich bisher kaum mit dem Thema bzw. mit den Vor- und Nachteilen des Zustandekommens einer solchen umfassenden Handels- und Investitionspartnerschaft.

Grundsätzlich ist Kroatien seit dem EU-Beitritt im Juli 2013 aber noch stärker daran interessiert, durch Fortschritte in den Handelsbeziehungen der Europäischen Union zu anderen Staaten bzw. Staatengemeinschaften auch für sich Vorteile zu realisieren, zumal das Land schon seit fünf Jahren unter einer Rezession leidet, die zu einer Arbeitslosenrate von 18,6 Prozent beigetragen hat und den kroatischen Bürgern damit die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft weiterhin vorenthält. Deshalb ist Kroatien bestrebt, seine

Kroatien

BIP 2013:
43,1 Mrd €

Exporte: **18,7 Mrd €**
Extra-EU: **3,6 Mrd €**

Importe: **18,3 Mrd €**
Extra-EU: **5,5 Mrd €**

traditionell guten bilateralen Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten zu konservieren und sich auch als EU-Mitgliedsland den bevorzugten Zugang zum amerikanischen Markt zu erhalten. Gerade als eher kleines Land wird Kroatien gleichberechtigt in den Genuss der vielen Vorteile eines solchen überregionalen Handelsabkommens kommen.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

In den kroatischen Medien wird das Thema des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA nur sehr eingeschränkt behandelt. In den wenigen Artikeln, die auf diese Verhandlungen Bezug nehmen, wird vorwiegend über den Verlauf der Verhandlungen informiert oder nicht spezifisch auf die möglichen Auswirkungen im eigenen Land eingegangen. In den wenigen Berichten, die bisher veröffentlicht wurden, standen vor allem die vermeintliche Stärkung der Machtpositionen von Unternehmen gegenüber Staaten im Vordergrund sowie die Frage, inwieweit genmanipulierte Nahrungsmittel aus den USA auf den europäischen Binnenmarkt gelangen könnten. Kritiker befürchten, dass Unternehmen die Möglichkeit bekämen, Staaten im Rahmen von internationalen Schiedsverfahren auf Schadensersatz zu verklagen und zur Senkung ihrer Schutzniveaus im Bereich des Umwelt- und des Verbraucherschutzes zu zwingen. Zudem kritisiert man die angebliche Intransparenz der TTIP-Verhandlungen, über die man auf der Homepage der Europäischen Kommission schlecht informiert werde.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Aufgrund der mangelnden Präsenz des Themas TTIP in den kroatischen Medien wird das Freihandelsabkommen in der kroatischen Öffentlichkeit auch weder wahrgenommen noch diskutiert. Ebenso befassen sich die Fachleute in Kroatien nur in sehr geringem Umfang mit dieser Fragestellung. Lediglich die Vereinigung der kroatischen Exporteure macht auf diese Verhandlungen durch einen Verweis auf die Informationen der Europäischen Kommission aufmerksam und ruft zum Ausfüllen des TTIP-Fragekataloges der Kommission auf. Dieselbe Vorgehensweise der Informationsbereitstellung verfolgt auch die kroatische Wirtschaftskammer und verweist auf die entsprechenden Informationen der Europäischen Kommission.

Die Anteilnahme an der Diskussion über TTIP ist also grundsätzlich sehr gering. Allein der Vorsitzende der kroatischen Landwirtschaftskammer, Matija Brlosic, warnte kürzlich in einem Interview vor den Folgen des Freihandelsabkommens und betonte, dass das Zustandekommen des Abkommens die inländische landwirtschaftliche Produktion durchaus in erheblicher Weise gefährden könnte, da die Importe ausländischer Nahrungsmitteln deutlich ansteigen dürften.

TTIP IN DER POLITIK

In seiner Rede auf dem informellen Treffen des europäischen Außenministerrats Ende Februar 2014 in Athen unterstrich der stellvertretende kroatische Außen- und Europa-minister Joško Klisović die Bedeutung von TTIP für Kroatien und brachte seiner Hoffnung Ausdruck, dass das Abkommen zusätzliche Direktinvestitionen nicht zuletzt auch in seinem Land mobilisieren würde und die Verhandlungen sich dabei auch auf Visafragen konzentrieren würden, da sein Land, zusammen mit vier anderen EU-Mitgliedstaaten, bis heute (noch) kein Schengen-Mitglied sei. Er verwies in seinem Beitrag auch auf das bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen zwischen den USA und Kroatien, welches bereits die uneingeschränkte Geschäftstätigkeit kroatischer Unternehmen in den Vereinigten Staaten regelt bzw. erlaubt. Klisović rief die Europäische Kommission schließlich noch dazu auf, die laufenden Gespräche mit den europäischen „Nicht-EU-Staaten“ möglichst bald abzuschließen und dabei Kroatiens EU-Mitgliedschaft zu berücksichtigen, da Kroatien seit dem EU-Beitritt nicht mehr über den vorherigen präferentiellen Zugang zu den dortigen Absatzmärkten verfügt.

Neben dieser Äußerung eines Regierungsmitglieds gibt es nur noch eine öffentliche Stellungnahme des kroatischen EU-Kommissars für Verbraucherschutzfragen, Neven Mimica, der im Rahmen einer Veranstaltung auf die Frage eines Teilnehmers, auf welche Weise die Europäische Kommission beabsichtige sicherzustellen, dass das im Vergleich zu den USA hohe Niveau an Verbraucherschutz in der Europäischen Union erhalten bleibe, antwortete, dass die EU-Kommission in den TTIP-Verhandlungen unter keinen Umständen bereit sein werde, das bisher erreichte hohe Verbraucherschutzniveau in der EU preiszugeben, um Handelsvorteile zu erzielen. Gleichzeitig wünsche er sich persönlich durchaus größere Transparenz in den Verhandlungen, einschließlich einer umfassenderen Beteiligung europäischer zivilgesellschaftlicher Verbraucher[schutz]organisationen.

Das kroatische Parlament machte deutlich, dass es die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika begrüße, da TTIP für beide Parteien gewisse Vorteile mit sich brächte. Jedoch betonte das Parlament in einer Stellungnahme, dass es noch weiterer Analysen und Informationen bedürfe, um die endgültigen Folgen des Abkommens insbesondere im Hinblick auf die einheimische Industrie beurteilen zu können. Es unterstrich ferner, dass das kroatische Parlament, wie auch die eigene Regierung, sich für eine größere Transparenz der Verhandlungen einsetze.



Die Diskussion zu den Verhandlungen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA wird in Lettland nicht so leidenschaftlich geführt wie in anderen Teilen Europas. Das gilt auch und in besonderer Weise für den Wahlkampf zur Saeima, die am 4. Oktober 2014 neu gewählt wurde.

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit war die Annäherung an den transatlantischen Wirtschaftsraum für Lettland nicht nur eine Frage wirtschaftlicher Notwendigkeit, sondern auch Teil der politischen Überzeugung der Regierungsparteien. Eine starke Anbindung an die NATO und auch an die EU war dabei nicht nur ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung einer neuen demokratischen Ordnung, sondern in erster Linie eine sicherheitspolitische Absicherung gegenüber der instabilen und unvorhersehbaren Lage in der Russischen Föderation. Vor diesem Hintergrund ist aus lettischer Sicht eine Vertiefung der transatlantischen Beziehungen in Form eines umfassenden Freihandelsabkommens nur folgerichtig und wird nicht in Frage gestellt.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Eine Debatte über das Ob eines Abkommens zwischen der EU und den USA findet also praktisch nicht statt, dennoch spielen einzelne Aspekte eines möglichen Abkommens eine Rolle. Die einflussreiche Vereinigung der Landwirte legt bspw. besonderen Wert auf eine strenge Kennzeichnungspflicht für Produkte, die auf genmanipuliertem Tierfutter basieren. Grundsätzlich wird eine wissenschaftliche Analyse verlangt, die die Unbedenklichkeit für Verbraucher bestätigt. Die stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung,

Lettland

BIP 2013:
23,4 Mrd €

Exporte: **13,9 Mrd €**
Extra-EU: **3,7 Mrd €**

Importe: **14,4 Mrd €**
Extra-EU: **2,7 Mrd €**

Maira Dzelzkalēja, betont in diesem Zusammenhang, dass „Lettland ein von gentechnisch modifizierten Organismen freies Land ist“.

TTIP IN DER POLITIK

Angesichts der sicherheitspolitischen Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses für Lettland wird deutlich, dass der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland ein zusätzliches Argument für die Befürworter von TTIP darstellt. Zu diesen Befürwortern zählt auch Staatspräsident Andris Bērziņš, der während des Besuches von Barack Obama in Tallinn festhielt, dass „wir so schnell wie möglich die Verhandlungen vorantreiben sollten, um zu einer schnellen Einigung zu gelangen. Wir wollen eine echte Verbindung zwischen der EU und den USA, besonders in Energiefragen, schaffen“.

Das lettische Wirtschaftsministerium stellt klar, dass dieser Vertrag die Grundlage für eine Weiterentwicklung der Handelssysteme auf mehreren Ebenen sein wird. Ein erfolgreiches Abkommen verspricht Vorteile für Lettlands starke Wirtschaftssektoren, in der Holzverarbeitung, der Chemie- und Pharmaindustrie und der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Umweltpolitische Gesichtspunkte sind für Lettland entscheidende Kriterien des Vertragswerks. Lettland wird keinen Vertrag unterstützen, der die jetzigen Bestimmungen der EU in Bezug auf den Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen untergräbt. Dies gilt wie erwähnt besonders für Produkte, die auf genmanipuliertem Tierfutter basieren.

Die Kommission für Europäische Angelegenheiten der Saeima spricht sich dafür aus, dass über TTIP auch in den nationalen Parlamenten abgestimmt wird. „Die von dem Vertragswerk gedeckten Themen sind so umfassend, dass es die Kompetenzen der Europäischen Union überschreitet. [...] Darüber hinaus würde eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente dem Vertragswerk eine weitere Legitimation verschaffen“, so Zanda Kalniņa-Lukaševica, Vientība, Vorsitzende der Kommission für Europäische Angelegenheiten.



Litauen
<i>BIP 2013:</i> 34,6 Mrd €
<i>Exporte:</i> 30,1 Mrd € <i>Extra-EU:</i> 10,5 Mrd €
<i>Importe:</i> 29,8 Mrd € <i>Extra-EU:</i> 10,8 Mrd €

TTIP gehört nicht zu den vorherrschenden Themen in Litauen. Ein Grund für die geringe Aufmerksamkeit ist das relativ niedrige Gewicht, das die USA in der Außenhandelsstruktur und bei Investitionen in Litauen haben.

Ein weiterer Grund sind andere beherrschende Themen, wie die russische Aggression gegenüber der Ukraine und die Reaktionen Litauens, der EU, sowie des Westens. Daneben sind der Beitritt Litauens zur Eurozone und die damit verbundenen möglichen wirtschaftlichen Veränderungen ein großes Thema. Ebenso werden Migrationsfragen beleuchtet, die aufgrund der großen Emigrationsbewegung aus Litauen in andere EU-Länder aktuell sind.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Die Medien in Litauen sind nur mäßig an den Verhandlungen zwischen der EU und den USA bezüglich des transatlantischen Freihandelsabkommens interessiert. Obwohl es Mitte 2013 einige Veröffentlichungen über TTIP gab, als die Verhandlungen begannen und Litauen die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, sank das Interesse später wieder. Im Grunde wird nicht ausführlich berichtet und die seltenen Informationen betreffen einzelne problematische Fragestellungen, hauptsächlich zur Energieversorgung. Hin und wieder wird über die Möglichkeit geschrieben, Schiefergas aus den USA in die EU und nach Litauen zu transportieren. Das Schiefergas könnte über das Flüssiggasterminal nach Litauen importiert werden, das Ende 2014 in Betrieb genommen werden soll. Diese Frage wird regelmäßig dann aufgeworfen, wenn über mögliche Reaktionen Litauens bei russischen Energielieferboykotts diskutiert wird.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Über TTIP diskutieren zumeist Wirtschaftsverbände und Sachverständige, die sich mit transatlantischen Beziehungen beschäftigen. Bspw. veranstaltete einer der wichtigsten Wirtschaftsverbände Litauens, die Litauische Industrievereinigung, im Herbst 2013 eine Diskussionsrunde, an der die Botschafterin der USA, Vertreter litauischer Institutionen und Sachverständige teilnahmen.

Betont wurde dabei die breite Bedeutung von TTIP, die über wirtschaftliche Fragen hinaus geht und für Litauen auch sicherheitspolitische Aspekte beinhaltet. Die USA zählen bisher nicht zu den wichtigsten Handels- und Investitionspartnern Litauens, sind aber durch eine strategische Partnerschaft eng mit Litauen verbunden. Die Bedeutung dieser strategischen Partnerschaft ist angesichts der durch die russische Annexion der Krim verschärften Sicherheitslage in der Region sehr groß.

Ebenso beteiligen sich einige NGOs im Rahmen europaweiter Kampagnen an der Diskussion, besonders dann, wenn Kritik am geplanten Investitionsschutz geübt wird.

TTIP IN DER POLITIK

Im aktuellen Regierungsprogramm findet sich die Aussage, dass Litauen „aktiv und konsequent die Stärkung der transatlantischen Partnerschaft zwischen der EU und den USA unterstützen wird“. Zur Bedeutung von TTIP befragt, betonen litauische Diplomaten in der Regel nicht nur die grundsätzliche Unterstützung Litauens für den bedeutenden Prozess der Marköffnung zwischen der EU und den USA, samt der Beseitigung von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen, sondern auch die Importmöglichkeiten von Energieressourcen aus den USA, vor allem des Schiefergases.

Während der litauischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2013 erhielten die TTIP-Verhandlungen eine Vorrangstellung innerhalb des Präsidentschaftsprogramms, unbenommen der Tatsache, dass die Verhandlungen selbst nicht vom präsidierten Mitgliedstaat, sondern von der Europäischen Kommission geführt werden.

Die wichtigsten im Parlament vertretenen politischen Parteien befürworten einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen – dies gilt sowohl für die regierende LSDP (SPE), als auch für die oppositionelle christdemokratische TS-LKD (EVP) und die Liberale und Zentrumsunion (ALDE).

Andere parlamentarische Parteien, wie die Arbeitspartei (ALDE) oder die Partei „Ordnung und Gerechtigkeit“ (MELD) würden dem Vertrag höchstwahrscheinlich nur unter bestimmten

Bedingungen zustimmen, abhängig von dessen Auswirkungen auf bestimmte litauische Interessengruppen.

Erinnert werden muss dabei an die Umstände des Rücktritts R. Paksas', des Vorsitzenden der Partei „Ordnung und Gerechtigkeit“ (MELD), vom Amt des Premierministers 1999, die später zur Basis seines erfolgreichen Präsidentschaftswahlkampfes wurden. Hierbei ging es um umstrittene Investitionen des US-Konzerns Williams Int. beim Erwerb der Öl-Raffinerie Mažeikiai, die Paksas ablehnte. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Geschichte gegen Ende der TTIP-Verhandlungen in Erinnerung gerufen und politisch genutzt wird, um Angstszszenarien hinsichtlich möglicher Schiedsverfahren von US-Investoren gegen Litauen zu entwickeln.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Litauische Wirtschaftsvertreter unterstützen TTIP nur verhalten und die Unterstützung bezieht sich vornehmlich auf zusätzliche Exportmöglichkeiten durch den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen. Bisher gehen nur 1,5 Prozent der litauischen Exporte in die USA; TTIP könnte den litauischen Unternehmern neue Märkte eröffnen und so die wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken. Potentielle Exportprodukte wären hierbei Lebensmittel, z.B. Milcherzeugnisse, Laser, Biotechnologieprodukte und Erzeugnisse der Pharmaindustrie.

Ein weiteres Thema für die litauische Wirtschaft ist der Erdgasimport aus den USA. Dieser könnte sich ebenfalls positiv auf das Land auswirken, sofern die Einfuhr über das neue LNG-Terminal erfolgt. Allerdings befürchten Wirtschaftsvertreter auch eine stärkere Konkurrenz aus den USA, die mit dem billigeren US-Gas verbunden ist, das von den Herstellern beispielsweise in der Düngemittelindustrie als wichtiger Rohstoff Verwendung findet.



BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Die Berichterstattung über TTIP ist in Luxemburg ausgewogen und umfassend. Mögliche Nachteile werden benannt, aber ebenso werden positive Meinungen zu den Verhandlungen abgedruckt und diskutiert.

Pierre Leyers, Financial Editor bei Luxemburgs führender Tageszeitung, dem Luxemburger Wort, bezeichnet TTIP als „Gratis-Konjunkturprogramm“, das zudem „die vielleicht letzte Gelegenheit [sei], die Wertegemeinschaft auf beiden Seiten des Atlantiks zu festigen.“

Luxemburg
<i>BIP 2013:</i> 45,5 Mrd €
<i>Exporte:</i> 79,9 Mrd € <i>Extra-EU:</i> 2,6 Mrd €
<i>Importe:</i> 65,1 Mrd € <i>Extra-EU:</i> 4,2 Mrd €

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Die öffentliche Diskussion über TTIP ist sehr ablehnend, die Kritik erfolgt geschlossen von Sozial- und Umweltverbänden sowie von Gewerkschaften. Organisierter Massenprotest ist Realität in Luxemburg.

In dem EU-weiten Bündnis aus mehr als 240 Organisationen, das eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative durchführt, sind auch luxemburgische Gruppierungen stark vertreten, wie etwa die Caritas Luxemburg, Cercle de Coopération des ONG de développement, FNCTTFEL, Greenpeace Luxemburg, Mouvement Ecologique uvm. Die Hauptkritik des Bündnisses richtet sich gegen die befürchtete Aushöhlung demokratischer Prozesse durch TTIP.

Die luxemburgische Plattform gegen TTIP setzt sich für einen sofortigen Verhandlungsstopp ein. Die in der Plattform zusammengeschlossenen Gewerkschaften und NGOs warnen davor, dass TTIP aus ihrer Sicht in fast alle Lebensbereiche der Menschen eingreife – Verbraucher- und Umweltschutz, Sozialstandards, Bildung und Landwirtschaft.

TTIP IN DER POLITIK

CSV (EVP) und LSAP (SPE) sehen die Chance, mit TTIP gemeinsame europäisch-amerikanische Standards auch auf andere Regionen der Welt ausstrahlen zu lassen, jedoch gibt es kein klares Bekenntnis zum Handelsabkommen.

Die CSV (EVP) betont die Wichtigkeit des Schutzes europäischer Standards. Ihr EU-Wahlprogramm besagt entsprechend lediglich: „Wir werden die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zur Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone aktiv begleiten. Dabei gilt es, spezifische europäische Interessen zu beachten.“

Auch die LSAP (SPE) möchte erst das Ergebnis der Verhandlungen abwarten und hofft darauf, dass die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament über ein Abkommen abstimmen dürfen. Vertreter des von der LSAP geleiteten Außenministeriums erklärten, dass europäische Standards „nicht zur Disposition“ stünden und dass die aktuelle Gesetzgebung über gentechnisch veränderte Organismen nicht aufgegeben werden dürfe. Außenminister Jean Asselborn, LSAP (SPE), erklärte ferner, dass die von beiden Seiten gezogenen „roten Linien“ aufgeweicht und gemeinsam für Transparenz gesorgt werden müsse. So könne man bis Ende 2015 zu einem Vertragsabschluss gelangen.

Déi Gréng (EGP), Déi Lénk (EL), die kommunistische KPL sowie die außerparlamentarische PID sprechen sich dagegen offen für einen Verhandlungsstopp aus.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Wirtschaftsverbände und -experten äußern sich stark und offen zu den Vorteilen des Vorhabens. Insbesondere die europäischen Bankenhäuser in Luxemburg erwarten sich verbesserte Geschäftsbedingungen in den USA dank TTIP. M. Carlo Thelen, Generaldirektor und Volkswirt in der Wirtschaftskammer, bezeichnete TTIP als „eine Quelle des Erfolgs“, die zwei bedeutsame Wirtschaftsgiganten verbindet.

Niederlande



Niederlande

BIP 2013:

602,7 Mrd €

Exporte: **532,4 Mrd €**

Extra-EU: **123,1 Mrd €**

Importe: **471,3 Mrd €**

Extra-EU: **238,3 Mrd €**

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

In den niederländischen Medien ist TTIP aktuell kaum präsent. Es dominieren in der Berichterstattung eher der Konflikt in der Ukraine, zumal die Niederlande mit dem Unglück der MH17 besonders betroffen sind, der Gaza-Konflikt und der Kampf gegen ISIS im Nahen Osten.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Insbesondere Umwelt- und Verbraucherschutzverbände sind in Bezug auf TTIP eher besorgt. Sie befürchten vor allem mögliche Beeinträchtigungen in den Bereichen Privatsphäre und Umwelt.

Die Bildung eines neuen Handelsblocks gegen Asien wird als Vorteil angesehen, der vermeintlich große Schub für die Wirtschaft wird zur Kenntnis genommen, jedoch warnen Kritiker vor einer „Erosion der nationalen Souveränität“. Kritisiert werden dabei Aspekte des geplanten Investitionsschutzes, ebenso ist das symbolträchtige „Chlor-Hühnchen“ in der Debatte stark präsent.

Der Gewerkschaftsverband FNV ist eher besorgt über das mögliche Zustandekommen des Abkommens. Er befürchtet insbesondere, dass hierdurch grundlegende Arbeitsrechte eingeschränkt werden und ein freier(er) Handel zu Sozialdumping führen könnte.

TTIP IN DER POLITIK

Die Regierungspartei VVD (ALDE) von Ministerpräsident Mark Rutte und ihr Koalitionspartner PvdA (SPE) befürworten TTIP ebenso wie die christdemokratische CDA (EVP). Die CDA betrachtet TTIP als Möglichkeit zur Stärkung Europas und somit auch als Stärkung der Niederlande. Die sozialliberale D66 (ALDE), sowie die calvinistischen CU und SGP (beide ECPM) sind ebenfalls Befürworter des Abkommens. Letztere fordern, dass europäische Reedereien und Schiffsbauer Zugang zum amerikanischen Markt erhalten.

Die rechtspopulistische PVV von Geert Wilders und die sozialistische SP (GUE/NGL-Fraktion) attackieren das Abkommen. GroenLinks (EGP) fordert ein Einfrieren der Verhandlungen aufgrund der NSA-Enthüllungen.

Nach öffentlichen Diskussionen und unter Druck der Opposition, wurde – ähnlich wie in Deutschland – eine erneute Auseinandersetzung mit verschiedenen Themenkomplexen des Abkommens, bspw. Verbraucherschutz oder Investitionsschutz, gefordert. Stimmen aus der Wirtschaft

Der Arbeitgeber-Dachverband (VNO-NCW) wie auch der Verband für KMU (MKB) bewerten das Abkommen sehr positiv: „Die Vereinbarung zwischen den USA und Europa ist von großer Bedeutung für eine offene Volkswirtschaft wie die Niederlande.“ TTIP würde einen wichtigen und großen Schritt für den Welthandel bedeuten. Insbesondere würde es ein wichtiges Gegengewicht zum TPP-Handelsabkommen darstellen.



BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

In den polnischen Medien wurde und wird über TTIP kaum berichtet. Gegenüber der Ukraine-Krise, dem damit verbundenen russischen Embargo für polnische Produkte, den Kommunalwahlen im November, der Gaza-Krise und den innenpolitischen Folgen der Berufung von Donald Tusk an die Spitze des Europäischen Rates hat das Thema keine Chance in der Berichterstattung. Ganz selten, nur wenn es zu einem USA-EU- bzw. USA-Polen-Gipfel oder zu einer neuen Runde von Verhandlungen kam, beschäftigten sich die Medien punktuell mit TTIP. Dabei wiederholten sie stets dieselben Informationen, etwa dass der Vertrag in der EU 0,5 Prozent, also 119 Mrd. Euro, zusätzliches Wachstum und mehr Arbeitsplätze brächte.

Zuletzt gab es vereinzelte Meldungen, dass TTIP eine Chance für mehr Energiesicherheit biete und den Bürgern günstigere Produkte, etwa in den Bereichen Elektronik und Kleidung, beschere könnte.

Die Medien sind somit insgesamt durchweg positiv gegenüber TTIP eingestellt, besprechen das Thema aber nur oberflächlich. Der Tenor lautet, dass Polen durch TTIP keine negativen Folgen zu befürchten habe, es aber auch nicht so stark wie etwa Deutschland davon profitieren werde.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Es gibt praktisch keine öffentliche Diskussion. In der Fachwelt wird gelegentlich darüber debattiert, ob TTIP Vorteile im Energiesektor bringen könnte und wie weit diese reichen könnten. Eine Diskussion zwischen Gegnern und Befürwortern gibt es jedoch nicht. Der einzige negative Zungenschlag in Bezug auf TTIP ist die gelegentlich gestellte Frage, ob das in Polen vielkritisierete ACTA-Projekt via TTIP nicht durch die Hintertür wieder auf die Agenda gehoben werden könnte. Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung ist auch eine Bürgerinitiative tätig. Abgesehen von punktuellen Aktionen schweigen die polnischen NGOs zum Thema. So gibt es auch keine polnische Beteiligung an der europäischen Koalition Stop TTIP.

TTIP IN DER POLITIK

Die Regierung befürwortet TTIP offiziell und strebt nach dessen baldiger Realisierung. Beim letzten Treffen zwischen US-Außenminister Kerry und dem damaligen Ministerpräsident Tusk war TTIP eines der besprochenen Themen. Tusk betonte bei dieser Gelegenheit, dass TTIP eine deutliche Steigerung des Handelsaustausches zwischen Polen und den USA ermögliche. Die polnische Regierung betreibt keine offensive Werbung für TTIP, aber sie unterstreicht in offiziellen Stellungnahmen die Vorteile des Abkommens:

- Bewahrung hoher europäischer Standards bei Lebensmitteln, Verbraucherschutz und Datenschutz;
- Chancen für den Energiesektor, insbesondere für polnisches Schiefergas;
- nachhaltige Impulse für die globale Wirtschaft;
- Steigerung US-amerikanischer Direktinvestitionen in Polen.

Polen

BIP 2013:
389,7 Mrd €

Exporte: **186,3 Mrd €**
Extra-EU: **38,4 Mrd €**

Importe: **176,8 Mrd €**
Extra-EU: **48,5 Mrd €**

Aus der polnischen Parteienlandschaft sind wenige, jedoch ganz überwiegend positive Stellungnahmen zu TTIP zu vernehmen. Die regierende Bürgerplattform PO (EVP) steht zu dem Abkommen, lediglich der ehemalige Minister für Digitalisierung, Michel Boni MdEP, befürchtet eine Wiederauflage von ACTA.

Die Parteien PiS (AECR), SLD (SPE) und PSL (EVP) stehen TTIP etwas differenzierter als die PO gegenüber. So warnt PiS vor der Expansion amerikanischer Unternehmen in Europa und vor einem ungleichen Wettbewerb. Die SLD dagegen betont die Bedeutung des Datenschutzes.

Nowa Prawica, die rechtslibertäre neue Partei des Politexoten Janusz Korwin-Mikke, betont, die Liberalisierung von Handel bringe nur Gewinne für alle und plädiert daher für eine unverzügliche Annahme von TTIP.

Grüne politische Bewegungen schließlich, die in Polen nur eine sehr marginale Rolle spielen, sehen TTIP skeptisch und fürchten Nachteile in den Bereichen Verbraucherschutz, Personaldatenschutz und Urheberrecht.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Wirtschaftsexperten und Unternehmen, besonders aus dem Energiesektor, sind für TTIP und sehen vor allem Vorteile, wie Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Man fordert allerdings einen gewissen Schutz vor einer befürchteten Übermacht amerikanischer Unternehmen. Öffentlichkeitsarbeit in Sachen TTIP betreibt in Polen auch intensiv die amerikanische Handelskammer, die aktiv für das Abkommen wirbt und ihre personelle Präsenz deutlich verstärkt haben soll.



Rumänien

BIP 2013:
142,2 Mrd €

Exporte: **60,0 Mrd €**
Extra-EU: **15,1 Mrd €**

Importe: **60,8 Mrd €**
Extra-EU: **13,4 Mrd €**

Eine öffentliche und politische Debatte über TTIP findet in Rumänien kaum statt, obwohl ein solches Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die rumänische Wirtschaft haben würde.

Einer langfristigen Entwicklung zur Steigerung der Wirtschaftsleistung durch einen größeren Absatzmarkt und ein stärkerer Wettbewerb, der dem Endverbraucher zugutekommt, stehen Unsicherheiten beim geplanten Investitionsschutz und eine befürchtete Konkurrenz für die rumänischen Industrie- und Handwerksbetriebe gegenüber.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Unter Berücksichtigung der Bedeutung des Abkommens für die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und den USA hält sich das Interesse zu diesem Thema in Grenzen. Die meisten Zeitungsartikel sind neutral gehalten und spiegeln die offiziellen

Darstellungen und Positionen der internationalen Organisationen wider, jedoch bezieht auch eine Reihe von Artikeln Stellung für bzw. gegen das Abkommen.

Die Befürworter des Abkommens schreiben bspw. für die Nachrichtenportale hotnews.ro, economistul.ro oder immromania.ro. Dem gegenüber stehen u.a. die Internetseiten von recolta.eu und criticatac.ro, welche die mit dem Abkommen einhergehenden Probleme hervorheben. Die Artikel der zuletzt genannten Websites zeigen, dass die Hauptsorge darin besteht, dass die umfangreichen Vertragsvorschriften von den amerikanischen Großunternehmen dazu genutzt werden, Monopole in Europa, einschließlich Rumäniens, zu errichten.

Ein weiteres Problem wird im geplanten Investitionsschutz gesehen, der es Investoren erlaubt, einen Streitfall mit den Behörden des Gastlandes vor ein internationales Schiedsgericht zu tragen. Die rumänische Presse sorgt sich um die Unbefangenheit dieser Schiedsgerichte und um die Effizienz, mit der sie aufkommende Streitsachen beurteilen könnten.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Da eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema praktisch nicht vorhanden ist, findet die Debatte hauptsächlich zwischen der Regierung, den politischen Parteien, Arbeitgeberverbänden, NGOs usw. statt. Das breite Publikum hat einen sehr beschränkten Zugang zu diesen Informationen und ist im Allgemeinen auch nicht an der Debatte beteiligt – diese findet in der Regel zwischen Fachleuten statt.

Unter den Gegnern des Abkommens tritt ARC2020 am stärksten in der Öffentlichkeit auf. Im Umfeld dieser Vereinigung finden sich auch viele weitere Gruppen, die das Abkommen ablehnen. Auch in den sozialen Medien wie etwa Facebook sammeln sich Gegner des Freihandelsabkommens. Als Beispiel für diese Art des Protests ist die Seite Stop TTIP & BIT Romania zu nennen. Mit etwa 400 Personen ist die Reichweite dieser Plattform, die auch anderen multilateralen Abkommen, wie z. B. CETA, kritisch gegenübersteht, sehr gering.

TTIP IN DER POLITIK

Die rumänische Regierung versucht die Vorteile des Abkommens in den Vordergrund zu rücken. So erklärte Premier Victor Ponta im April 2014, er hoffe, dass die nötigen Lehren aus der vergangenen Wirtschaftskrise gezogen werden und der Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA Transparenz und Wettbewerb fördere und damit der rumänischen Wirtschaft zugutekomme. Auch Außenminister Titus Corlatean spricht sich öffentlich für TTIP aus und bekundet das Interesse Rumäniens an solidem Wachstum, auch durch amerikanische Investitionen.

Die PSD (SPE) folgt den Ansichten des Premierministers und des Außenministers und steht dem Abkommen positiv gegenüber. Auch die UDMR (EVP) bekundet öffentlich ihre Unterstützung. Die Parteien PD-L (EVP) und PNL (ALDE) gaben dagegen bisher keine offizielle Stellungnahme ab und führen intern auch keine Gespräche über dieses Thema.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Die rumänische Industrie- und Handelskammer unterstützt das geplante Abkommen. Sie betont ausdrücklich die Vorteile, etwa Transparenz oder den Wegfall bürokratischer Schranken. Auch sonst stehen die Fachleute aus der Wirtschaft TTIP positiv gegenüber. So geht beispielsweise das Nationale Institut für Weltwirtschaft der Academia Romana davon aus, dass das Abkommen bis zum Jahre 2027 für eine Steigerung des europäischen BIP

um 0,5 Prozent verantwortlich sein wird. Diese Steigerung der Wirtschaftsleistung würde sich auch unmittelbar auf Rumänien auswirken.

Ioan Ladosi, Vorsitzender des Verbandes der Schweinefleischhersteller, befürchtet dagegen negative Folgen für die Produzenten in Rumänien, da die Herstellungspreise in den USA bedeutend geringer seien als auf dem europäischen Kontinent. Ähnliche Kritik äußern die Arbeitgeberverbände, die darauf aufmerksam machen, dass eine Öffnung des Marktes eine Welle von günstigen Waren zur Folge habe, welche sich negativ auf die rumänische Produktion auswirken werde.

Slowakei



Slowakei

BIP 2013:

72,1 Mrd €

Exporte: **70,9 Mrd €**

Extra-EU: **11,0 Mrd €**

Importe: **65,9 Mrd €**

Extra-EU: **15,8 Mrd €**

Im Vergleich zu anderen politischen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen tritt das Thema TTIP in der Slowakei in den Hintergrund. Es geht in der Berichterstattung vor allem um Fragen der Steuer- und Abgabenbelastung, die öffentlichen Finanzen, Arbeitslosigkeit, gesicherte Energieversorgung, bzw. in jüngster Zeit um die Krise in der Ukraine. Zuletzt wurde dem Thema TTIP seitens der Öffentlichkeit und der Medien im Juni 2014 mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als eine Studie der Unternehmerallianz der Slowakei (PAS) über die Auswirkungen des Handelsabkommens auf die slowakische Wirtschaft erschien.

Aus Sicht von Štefan Rozkopál, Generaldirektor der Sektion Außenhandel im slowakischen Wirtschaftsministerium und ständiger Vertreter der Slowakei im Ausschuss des Rats der EU für Handelspolitik, ist TTIP in der Slowakei „zurzeit kein Thema (...) – weder ein gesellschaftliches, noch ein politisches oder ein mediales.“

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Bisher veröffentlichte Berichte über TTIP in meinungsbildenden Medien waren eher positiv oder neutral. Eine tendenziös negative Berichterstattung über das Handelsabkommen oder schärfere Kritik am Verhandlungsverlauf gab es in den Medien nicht. Allerdings informieren landesweite Medien in der Slowakei lediglich sporadisch und oberflächlich über TTIP. Die Berichterstattung erfolgt meist durch die Übernahme offizieller Presseberichte über einzelne Verhandlungsrunden oder in Bezug auf aktuelle Ereignisse, wie z. B. der Unterbrechung der Gespräche wegen der Eröffnung einer öffentlichen Konsultation zum geplanten Investitionsschutz. Journalisten haben sich bislang nicht in eigenen Analysen und Berichten mit dem Thema TTIP auseinandergesetzt.

Der niedrige Informationsgrad ist auch eine Folge der verspätet gestarteten Informationskampagne des Wirtschaftsministeriums über die TTIP-Verhandlungen, die nun erst in den kommenden Monaten stattfinden soll. Um das Thema aus den Wahlkämpfen für die Präsidentschaft und das Europäische Parlament herauszuhalten, hat das Wirtschaftsministerium die Kampagne bewusst vom ersten Halbjahr auf den Herbst 2014 verschoben.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Aufgrund der defizitären Berichterstattung und Information in den Medien findet in der breiten Öffentlichkeit über TTIP praktisch keine Diskussion statt. Eine Ausnahme bilden einige wenige Beiträge von Aktivisten in Medien oder auf Blogs, die allerdings vor allem Fachkreise erreichen. Einige Think Tanks und Bürgervereinigungen organisieren Seminare zu ausgewählten Aspekten von TTIP, wie bspw. die Slowakische Atlantische Kommission mit dem Projekt Europolicy.

Das dürftige Engagement der allgemeinen Öffentlichkeit und der Fachleute in der Slowakei ist keine Überraschung. Brüsseler Themen, einschließlich solche von elementarer Bedeutung für die Slowakei, sind für die Öffentlichkeit laut Äußerungen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments Ivan Štefanec und Eduard Kukan im Allgemeinen „weit entfernt“. Ein Beweis dafür ist die rekordmäßig niedrige Teilnahme slowakischer Wähler an den Europawahlen. Es gibt keinen effizienten Informationskanal, der verständliche und nachvollziehbare Informationen aus Brüssel in die Slowakei und zurück überträgt, wodurch die Herausbildung eines Verständnisses für europäische und transatlantische Themen durch die Öffentlichkeit erschwert wird.

Kaum Beachtung wurde dem Thema TTIP bisher auch von Seiten der Gewerkschaften geschenkt. Handlungsbedarf wird lediglich in der Koordinierung europäischer und amerikanischer Gewerkschaftsorganisationen hinsichtlich der Durchsetzung des sog. goldenen Standards im TTIP-Abkommen gesehen. Darunter verstehen die Gewerkschaften einen besseren Schutz der Arbeitnehmer und die Garantie von Arbeitnehmerrechten nach europäischem Standard. Slowakische Konsumenten- oder Umweltorganisationen haben sich bislang zu TTIP nicht geäußert.

TTIP IN DER POLITIK

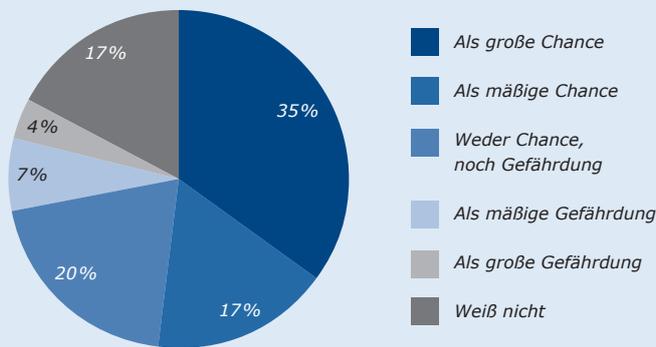
Auf Seiten des Staates greift vor allem das Wirtschaftsministerium, dem die fachliche Federführung bei den TTIP-Verhandlungen obliegt, in die Diskussion ein. Die zuständigen Vertreter der Parteien und die Mitglieder des Parlamentsausschusses für europäische Angelegenheiten werden von dem Ministerium regelmäßig über die Verhandlungen informiert. Gleichwohl werden diese Informationen von den Abgeordneten und den Parteien kaum in politischen Diskussionen aufgegriffen. Auch verständliche Informationen für Bürger über Vor- und Nachteile des transatlantischen Handelsabkommens werden von den parteipolitischen Akteuren praktisch nicht angeboten.

Ganz allgemein ist festzustellen, dass bisher keine grundsätzliche Kritik aus der Politik an TTIP geäußert wurde und über die Parteigrenzen hinweg eine hohe Unterstützung für die Unterzeichnung erwartet werden kann. Die Verhandlungen genießen die volle politische Unterstützung der slowakischen Regierung. Premierminister Robert Fico würde „eine raschestmögliche Unterzeichnung des Abkommens begrüßen“, da er dieses für unglaublich vorteilhaft für beide Seiten halte, „vor allem für die Slowakei, die exportorientiert ist“. Der Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Miroslav Lajčák, betrachtet TTIP als „eines der wichtigsten Elemente möglicher transatlantischer Renaissance“.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Zum Thema TTIP haben sich in der Slowakei die Unternehmerallianz und die Amerikanische Handelskammer mit mehr Nachdruck engagiert und eigene Informationsveranstaltungen, Workshops und Konferenzen organisiert.

Wie sehen slowakische Unternehmer das in Vorbereitung befindliche Abkommen über einen gemeinsamen Markt zwischen der EU und den USA?



Quelle: Unternehmerallianz der Slowakei (Podnikateľská aliancia Slovenska)

Bei den Unternehmern selbst überwiegt ebenfalls eine positive Einstellung zu TTIP. Aus einer Umfrage der Unternehmerallianz der Slowakei, an der 453 Unternehmer teilnahmen, geht hervor, dass mehr als deren Hälfte (52 Prozent) TTIP als Chance ansieht und erwartet, dass das Handelsabkommen neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnet und zur Belebung der slowakischen Wirtschaft beiträgt. Als besonders positiv werden dabei die Möglichkeit der Erweiterung der Geschäftspartner, die Intensivierung des Außenhandels sowie der vereinfachte Transfer von Know-how und Technologien gesehen. Die Unternehmer erwarten weiterhin stabilere internationale Handelsbeziehungen, eine Senkung der mit dem Außenhandel verbundenen Kosten

sowie vereinfachte Investitionsmöglichkeiten in den USA. Das größte gegenwärtige Hindernis einer Ausweitung des Außenhandels mit den USA sind, laut slowakischen Unternehmern, hohe Transportkosten aufgrund der geographischen Entfernung, die nach dem Abschluss des transatlantischen Abkommens durch ein größeres Handelsvolumen sinken könnten. Erwartet werden ebenfalls erhebliche Vereinfachungen hinsichtlich der unterschiedlichen Standards und Normen. Die Hauptgefahr sehen die Unternehmer in einer größeren Konkurrenz auf dem Markt, die aber letztlich dem Verbraucher zugutekommt.



Spanien

Spanien

BIP 2013:
1.023,0 Mrd €

Exporte: **349,1 Mrd €**
Extra-EU: **88,3 Mrd €**

Importe: **324,4 Mrd €**
Extra-EU: **114,5 Mrd €**

TTIP ist kein eigenständiges Thema in der spanischen Diskussion, sondern wird als Teilaspekt der wirtschaftspolitischen Debatte behandelt. In dieser geht es vornehmlich um grundlegende Fragen, wie die Fortsetzung des Sparkurses bei gleichzeitiger Steigerung der öffentlichen Investitionen, die einzuschlagenden Wege in der Arbeitsmarktpolitik und nicht zuletzt das Verhältnis von Zentralstaat, autonomen Regionen und Lokaladministrationen bei der Umsetzung wirtschaftspolitischer Vorgaben.

Die Gegner des Abkommen führen ins Feld, dass die mit TTIP erwarteten Wachstumseffekte, sowohl was das Bruttoinlandsprodukt als auch den Arbeitsmarkt betrifft, kaum mehr als den sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein darstellen.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Die spanische Medienberichterstattung zu TTIP ist ausgewogen und erfolgt maßgeblich in zeitlicher Nähe zu den einzelnen Verhandlungsrunden. Den Print- und audiovisuellen Medien steht hierbei ein besonderer Ansprechpartner zur Verfügung: Der Kommissions-

Chefunterhändler in den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, Ignacio García Berceo, ist Spanier. Er ist in Interviews mit dem spanischen Fernsehen und in verschiedenen Tageszeitungen ausführlich zu Wort gekommen und wird für seine Ausdauer bei den Verhandlungen gelobt.

Bei den „traditionellen“ Medien überwiegt, auch in den Meinungsspalten, eine positive Sichtweise auf das geplante transatlantische Freihandelsabkommen. Nichtsdestotrotz sind in letzter Zeit lauter werdende Rufe nach mehr Transparenz und öffentlicher Beteiligung an den Verhandlungen zu vernehmen.

Ganz anders ist die Situation im Internet und den sozialen Medien. Wer „TTIP“ in die Suchmaschine seines Browsers eingibt, erhält in Spanien als erstes Ergebnis einen Verweis auf die No al TTIP-Seite eines Aktionsbündnisses von verschiedenen Linksparteien, Umweltorganisationen und Anti-Globalisierungsgruppen. Auch Kurznachrichtendienste wie Twitter und soziale Netzwerke wie Facebook sind klar von den TTIP-Gegnern dominiert.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat eine Debatte über das spanische Wirtschaftsmodell ausgelöst. Nicht wenige Experten aus dem akademischen Umfeld und aus Think Tanks sehen eine Umstellung des bisher auf internem Konsum und Kredit basierenden Wachstumsparadigmas auf ein exportgestütztes Volkswirtschaftsmodell als den „Königsweg aus der Krise“. Der Abschluss des transatlantischen Freihandelsabkommens könnte dazu beitragen, die Zahl der bisher noch zu wenigen exportierenden spanischen Firmen zu erhöhen – und zwar über den traditionell starken Tourismus-Sektor hinaus.

Ebenfalls wird mit TTIP die Hoffnung verbunden, den Investitionsstandort Spanien zu stärken. Hier liegt noch deutliches Potential: Während im World Investment Report der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2012 Spanien bei den ausländischen Direktinvestitionen den 58. Rang belegte, stand das Land neun Jahre zuvor noch auf Platz 13.

Ein großes Aktionsbündnis, wenn auch in seiner Reichweite hauptsächlich auf das Internet beschränkt, versammelt die TTIP-Gegner. Zu den Unterzeichnern eines Anti-TTIP-Manifestes *Campaña no al TTIP* gehören u. a. Gruppen der spanischen Indignados, Attac, Gewerkschaften, Bauernverbände, trotzkistische und marxistische Splittergruppen, das linke Wahlbündnis IU (EL) sowie Umweltschutzverbände. Im Manifest heißt es, das Abkommen sei ein Instrument zur Deregulierung und Privatisierung von bisher staatlich garantierten Leistungen und unterhöhle die Demokratie.

TTIP IN DER POLITIK

Die spanische Regierung zeigt sich als engagierte Begleiterin des Verhandlungsprozesses. Bei einer USA-Reise im vergangenen November sagte Außenminister José Manuel García-Margallo, „Spanien ist bereit Speerspitze zu sein, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu bringen“. García-Margallo hofft, dass ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten neuen Schwung in die Verhandlungen mit Mercosur bringt. Auch Ministerpräsident Rajoy betonte, das Projekt sei für Spanien von „großer Wichtigkeit“.

Die Unterstützung der Regierung spiegelt sich auch in der positiven Haltung der Regierungspartei PP (EVP). Mit Ausnahme dieser und der Linksfraktion (EL), die dem Vorhaben ablehnend gegenübersteht, vermeiden die spanischen Formationen eindeutige Aussagen zu TTIP. Von der Führung der größten Oppositionspartei PSOE (SPE) kamen zuletzt widersprüchliche Signale. Im Kongress stimmte die PSOE im vergangenen Jahr noch mit der Regierungspartei

für das Rahmenabkommen. Im Europawahlkampf 2014 forderte ihr Spitzenkandidat dagegen eine Aussetzung des Verfahrens. Einzig der innerparteilich geschwächte linke Flügel hat sich klar gegen TTIP positioniert.

Die mit elf von 350 Sitzen im Abgeordnetenhaus relativ kleine Linksfraktion (EL) hat im März 2014 in einem Entschließungsantrag ihre Ablehnung von TTIP mit einer befürchteten Aushöhlung von Gewerkschaftsmacht und sozialen Rechten begründet. Das Abkommen habe aus ihrer Sicht „irreversible“ Auswirkungen auf viele Bereiche des alltäglichen Lebens, wie Gesundheitswesen, Arbeitnehmerrechte, Privatsphäre und die Umwelt. TTIP mache es zukünftig unmöglich, öffentliche Aufträge nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten zu vergeben. Der geplante Investitionsschutz wird als besorgniserregend bezeichnet.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Beim Arbeitgeberverband und den verschiedenen Industrievereinigungen ist die Sicht auf TTIP positiv – jedoch weniger aufgrund der unmittelbar mit dem Freihandelsabkommen verbundenen „direkten Effekte“ als vielmehr wegen seiner potentiellen Wirkung auf Drittländer. Bisher sind spanische Unternehmen eher diskret auf dem US-Markt vertreten. Nach allgemeiner Auffassung wird sich dies auch nach einem erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen auf absehbare Zeit nicht ändern.

Die Präsenz spanischer Firmen in Lateinamerika ist dagegen aus historischen Gründen stark. Der Telekommunikationskonzern Telefónica ist einer der großen Mobilfunkanbieter in der Region, der Ölkonzern Repsol unterhält auf dem ganzen Kontinent Gas- und Ölförderanlagen und Holdinggesellschaften wie ACS oder Sacyr Vallehermoso führen für lateinamerikanische Regierungen Infrastrukturprojekte durch, wie aktuell die Erweiterung des Panama-Kanals. Die spanischen Unternehmenschefs hoffen nach der Einrichtung einer nordamerikanisch-europäischen Freihandelszone auf Ausstrahlungseffekte auf die südamerikanischen Länder, wenn nicht gar gleich einen Beitritt einzelner Staaten.



Tschechien ist grundsätzlich für das Freihandelsabkommen. Diese generalisierende Aussage kann getroffen werden, da sowohl die Regierung, die relevanten Parteien, die Medien als auch die Wirtschaft das Abkommen befürworten und es keine Bürgerbewegungen oder namhafte Einzelpersonlichkeiten gibt, die sich gegen TTIP stark machen.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Diese Feststellung trifft ebenso für die Medien zu, in denen das Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA kaum thematisiert wird. Wenn in den Medien TTIP zur Sprache kommt, dann werden im Regelfall die Fakten dargestellt, also der Gegenstand der Verhandlungen und der jeweilige Sachstand. Eine tiefergehende Analyse oder

Tschechien

BIP 2013:
149,5 Mrd €

Exporte: **117,5 Mrd €**
Extra-EU: **23,0 Mrd €**

Importe: **108,0 Mrd €**
Extra-EU: **25,3 Mrd €**

weitergehende Kommentierung gibt es kaum. Vereinzelt wird in Kommentaren kritisch nach Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Umweltstandards, Mitbestimmungsregelungen oder Regelungen zum Verbraucherschutz gefragt.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Das Thema TTIP wird in Tschechien in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und es findet keine vernehmbare Diskussion in der Bevölkerung oder auch in einzelnen Gruppen statt. Schon gar nicht ist eine vergleichbare Emotionalisierung, wie sie in Deutschland von einigen Interessensgruppen oder Aktionsbündnissen ausgelöst wurde, vorhanden.

Das geringe öffentliche Interesse ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass das Außenhandelsvolumen zwischen Tschechien und den USA relativ gering ist. Über 80 Prozent der Ausfuhren und 65 Prozent der Importe wickelt Tschechien mit den Ländern der EU ab. Die USA rangieren in statistischen Abbildungen unter der Rubrik „Sonstige“.

TTIP IN DER POLITIK

Die amtierende Dreierkoalition aus sozialdemokratischer ČSSD (SPE), der Bewegung ANO (ALDE-Fraktion) und der christdemokratischen KDU-ČSL (EVP) zählt in ihrem Regierungsprogramm vom Januar 2014 den erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen zu ihren Prioritäten. Damit gehört Tschechien zu den EU-Mitgliedstaaten, die TTIP ohne größere Vorbehalte unterstützen.

Ein wichtiger Aspekt für die Regierung ist das bilaterale Investitionsschutzabkommen, das die tschechische Regierung Anfang der neunziger Jahre mit den USA geschlossen hatte und inzwischen als unvorteilhaft angesehen wird. TTIP könnte das alte Abkommen ablösen, wodurch zusätzliche Perspektiven für tschechische Industrieproduzenten erwartet werden. Probleme sieht die Regierung allenfalls in der Landwirtschaft aufgrund der offenen Fragen bei Herkunftsbezeichnungen und Qualitätssiegeln.

Tschechien sieht die Bedeutung von TTIP im globalen Kontext und unterstützt die grundsätzliche Zielsetzung, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Europa durch eine umfassende Zollunion zu stärken und zu vertiefen. Als EU-Mitglied erkennt Tschechien in diesem vergrößerten Wirtschaftsraum Chancen für die eigene, sehr exportlastige Wirtschaft.

Neben der Regierungskoalition unterstützen die konservative Oppositionspartei TOP 09 (EVP) und die Bürgerpartei ODS (AEER) ebenfalls die TTIP-Verhandlungen. Kritische Anmerkungen kommen dagegen von der kommunistischen KSČM (EL), die sich jedoch nicht prinzipiell gegen TTIP, sondern vielmehr für weitere Verhandlungen ausspricht.

Die teilweise rechtsextreme und ausländerfeindliche Bewegung Úsvit des tschechisch-japanischen Unternehmers Tomio Okamura steht TTIP kritisch bis ablehnend gegenüber. Kritik kommt auch von den Grünen (EGP), die vor allem mit der vermeintlichen Intransparenz der Verhandlungen nicht einverstanden sind. Es wird deshalb befürchtet, dass ökonomische Interessen das Abkommen bestimmen und die politischen und sozialen Rechte nicht angemessen berücksichtigt werden. Strikt ablehnend verhalten sich lediglich die Piraten, die jedoch ebenso wie die Grüne Partei nicht im Parlament vertreten sind.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Tschechische Unternehmen, die ein eigenständiges Interesse auf dem US-Markt haben, arbeiten bereits heute fast ausnahmslos mit amerikanischen Partnern zusammen und schätzen deshalb die bestehenden Hürden als wenig problematisch ein. Trotzdem knüpfen auch diese Unternehmen Erwartungen an TTIP und messen diesem Abkommen durchaus zusätzliches Potential für die Handelsbeziehungen bei, insbesondere durch den Wegfall von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen. Überdies wird erwartet, dass Tschechien für amerikanische Investoren ein interessanterer Standort werden könnte.



Ungarn
<i>BIP 2013:</i> 97,9 Mrd €
<i>Exporte:</i> 94,2 Mrd € <i>Extra-EU:</i> 18,0 Mrd €
<i>Importe:</i> 86,3 Mrd € <i>Extra-EU:</i> 21,3 Mrd €

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Über das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika wird in den ungarischen Medien nur am Rande berichtet. Das in diesem Kontext sowohl in der Öffentlichkeit, als auch in den Medien am meisten diskutierte Thema sind gentechnisch veränderte Organismen (GVO).

In der ungarischen Wirtschaftspresse wird auch über die möglichen wirtschaftlichen Vorteile von TTIP berichtet. So könnten laut der Wochenzeitung *hvg.hu* ungarische Unternehmen der Automobil-, Maschinenbau- und Pharmaindustrie ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. *Magyarhirlap.hu* berichtet, dass sich das ungarische Handelsvolumen mit den USA mittelfristig erhöhen und ein BIP-Wachstum von 0,2 Prozent erzeugen könnte. In Ungarn könnte die Zahl der Beschäftigten mittelfristig allein durch die beabsichtigten Zollsenkungen um 6.000, im Fall einer regulatorischen Liberalisierung sogar um 23.000–29.000, Personen steigen. Sorgen gibt es vor allem um die ungarische Landwirtschaft, die wohl nicht mit kostengünstigeren amerikanischen Herstellern konkurrieren könne, so bspw. die Internetzeitung *agrarsektor.hu*.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Umweltorganisationen in Ungarn, wie z. B. Greenpeace, Magyar Természeti Védelem Szövetsége (Ungarische Gesellschaft für Naturschutz) und Védegylet (Protect the Future) positionieren sich eindeutig gegen das Freihandelsabkommen, da sie eine Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf GMO befürchten. Sie argumentieren mit vermeintlich weniger strengen Lebensmittelvorschriften in den USA, durch die gechlortes Geflügel und hormonbehandeltes Fleisch in den ungarischen Handel gelangen könnten. Ferner kritisieren diese Organisationen, dass das Abkommen ausschließlich für die multinationalen Unternehmen von Vorteil wäre.

Weitere Bedenken beziehen sich auf das Recht auf geistiges Eigentum und den Datenschutz. Heftig kritisiert wird zudem die als intransparent empfundene Art der Verhandlungen.

TTIP IN DER POLITIK

Die ungarische Regierungskoalition aus Fidesz (EVP) und KDNP (EVP) unterstützt prinzipiell ein transatlantisches Freihandelsabkommen; mehrfach erklärte bspw. das Außenministerium, dass es sich von einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen einen wirtschaftlichen Aufschwung erhoffe. Allerdings fordert die Regierung eine größere Transparenz in den Verhandlungen und kritisiert den geplanten Investitionsschutz.

Ein wichtiger Aspekt in der politischen Debatte ist die Richtlinienkompetenz hinsichtlich der GVO. Ungarn hat ein europaweit einzigartiges Verbot von GVO in der Verfassung verankert und hält an der ausschließlich nationalen Rechtskompetenz in diesem Bereich fest. Als bedeutendster Saatguthersteller der Welt handelt es sich hierbei um eine wirtschaftlich strategische Frage.

Die größte linke Oppositionspartei MSZP (SPE) bezeichnet den Abschluss eines Freihandelsabkommens als sehr dringend, weil diese Vereinbarung der Schlüssel zu einem Wirtschaftswachstum sowohl für die EU als auch für die Vereinigten Staaten sei. Sie erwarte durch das Freihandelsabkommen eine Steigerung des deutschen Exports um 0,25 Prozent und damit auch positive Auswirkungen auf die sozio-ökonomische Entwicklung Ungarns, die sehr von der deutschen Wirtschaft abhängt. Eine besonders positive Wirkung hätte die Vereinbarung in den Bereichen der Mineralstoffe und der Chemikalien sowie für die Energiekosten der europäischen Bürger.

Die rechtsextreme Oppositionspartei Jobbik (AEMN) lehnt ein transatlantisches Freihandelsabkommen, das aus ihrer Sicht nur dazu diene, die Rechte der globalen Konzerne gegenüber den europäischen Regierungen zu sichern, ab.

Die Umweltpartei LMP (EGP) erklärte, dass es in Ungarns nationalem Interesse läge, die Verhandlungen und die Verabschiedung des Abkommens zu verhindern. Sie befürchtet ein Verschwinden strenger europäischer Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltschutzvorschriften. Die Partei fordert eine Offenlegung aller Verhandlungsdokumente und die Bekanntgabe aller Personen, die in den vergangenen Monaten bei der Europäischen Kommission Lobbyarbeit betrieben hätten.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Konkrete Aussagen zum Thema TTIP von Vertretern der ungarischen Wirtschaft sind kaum bekannt. Die amerikanische Handelskammer in Ungarn wirbt für die Vorteile des Abkommens, das die Verwaltung vereinfachen würde und besonders für die ungarischen KMU von Vorteil sei.

Gergely Simon von der Ungarischen Gesellschaft für Ökotoxikologie kritisiert das geplante Abkommen. Die Unterstützer von TTIP behaupteten zwar, dass das BIP um 0,5 Prozent steigen könnte, so Simon, dies würde aber bisher von keiner Studie unterstützt. Eine österreichische Studie hingegen käme zu dem Ergebnis, dass TTIP kaum von Nutzen für die Gesellschaft sei: Der Handel mit den USA würde zwar steigen, aber der innerhalb der EU sinken. Darüber hinaus wären ärmere EU-Länder benachteiligt. Dies würde ein Risiko auch für die ungarische Wirtschaft bedeuten, da im vergangenen Jahr 77 Prozent der Exporte in die EU gegangen seien.

Vereinigtes Königreich



Vereinigtes Königreich

BIP 2013:

1.899,1 Mrd €

Exporte: **595,4 Mrd €**

Extra-EU: **230,2 Mrd €**

Importe: **628,9 Mrd €**

Extra-EU: **236,1 Mrd €**

TTIP spielt im Vereinigten Königreich im Vergleich zu anderen innen- und außenpolitischen Themen nur eine untergeordnete Rolle. Migration, islamistische Bedrohung, Schottland- und EU-Referendum etc. waren und sind die dominanten Themen der öffentlichen Debatte. Festzustellen ist aber durchaus eine graduelle Steigerung des Interesses, insbesondere hinsichtlich möglicher Auswirkungen von TTIP auf das britische Gesundheitssystem NHS.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Die Berichterstattung in den britischen Medien bezüglich TTIP ist von einer signifikanten politischen Bandbreite gekennzeichnet und bietet von daher in ihrer Gesamtheit ein ausgewogenes Bild.

In den eher Mitte-Links einzuordnenden The Guardian und The Independent überwiegen kritische Stimmen aus dem Gewerkschaftslager und Anti-TTIP-Organisationen. Allerdings kommen auch Stimmen aus dem Lager der Befürworter zu Wort, wie die des konservativen Urgesteins Kenneth Clarke.

Im Kontrast dazu konzentriert sich die konservative Presse wie der Daily Telegraph eher darauf hinzuweisen, welche Faktoren einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen gefährden könnten. Der öffentlich-rechtliche Sender BBC verhält sich in dieser Debatte vergleichsweise neutral, neigt aber auch eher dazu, die möglichen Gefährdungen der Verhandlungen aufzuzeigen als auf die Vorzüge des Abkommens selbst hinzuweisen. So äußerte sich BBC-Korrespondent Andrew Walker eher skeptisch darüber, ob die TTIP-Verhandlungen angesichts der vehementen Opposition aus Gewerkschaftskreisen noch vor Ende der Obama-Administration erfolgreich beendet werden könnten.

In der wirtschaftspolitischen Fachpresse wie der Financial Times liegt der Hauptfokus weniger auf einzelnen Verhandlungsdetails als vielmehr auf den geopolitischen Implikationen und den Auswirkungen auf den Welthandel, wobei eine transatlantische Partnerschaft hier als Gegengewicht zu China gesehen wird. Obwohl die Mehrzahl der Artikel von Wirtschafts- und Handelsvertretern geschrieben sind und die Chefredaktion eindeutig auf einer positiven TTIP-Linie steht, finden auch kritische Töne und TTIP-Gegner in der Financial Times Raum. Die renommierte Wochenzeitschrift The Economist positioniert sich relativ eindeutig zu Gunsten des Abkommens und weist auf die Vorteile auf beiden Seiten des Atlantiks hin.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Eine breite öffentliche Debatte über TTIP findet derzeit in Großbritannien (noch) nicht statt. Ein Aspekt der Verhandlungen beginnt jedoch die Gemüter zu erhitzen und hat überaus emotionale Züge angenommen, da es den britischen öffentlichen Gesundheitsdienst NHS (National Health Service) betrifft.

Dieser für weite Teile der britischen Gesellschaft ausgesprochen sensible Aspekt hängt mit dem geplanten Investitionsschutz zusammen. Gewerkschaften wie UNISON oder

UCU sehen darin eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheitsversorgung und befürchten, dass der NHS von der Wall Street übernommen werde.

Diese Sorgen um den NHS und andere öffentliche Dienstleistungen waren auch Bestandteil einer „No-TTIP-Kampagne“ der Menschenrechtsorganisation War on Want mit Demonstrationen in Birmingham, Manchester und London im Juli 2014. In Anbetracht dieser Proteste beeilte sich EU-Handelskommissar Karel de Gucht zu bekräftigen, dass öffentliche Dienstleistungen wie der NHS nicht von TTIP berührt würden, wie es auch schon bei allen bisherigen derartigen Abkommen der EU der Fall ist.

TTIP IN DER POLITIK

Die britische Regierung unter Prime Minister David Cameron steht dezidiert hinter einem raschen und positiven Abschluss der TTIP-Verhandlungen. Auf der Pressekonferenz während des G8-Gipfels im nordirischen Lough Erne im Juni 2013 sagte Cameron: „There is no better way to achieve significant economic growth than by launching negotiations on this landmark deal.“

In einem Sonderbericht des Ministeriums für Unternehmensinnovation und berufliche Qualifizierung an das britische Oberhaus wurden die Vorzüge von TTIP für die britische Wirtschaft im Einzelnen herausgearbeitet. Der Bericht setzt sich auch mit der Kritik auseinander, dass TTIP vor allem die Großunternehmen bevorzuge und stellt die Vorteile für die KMU heraus. Aber auch die bereits erwähnten Sorgen bezüglich des Investitionsschutzes werden aufgegriffen. Es wird versichert, dass die Regierung auf ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Investorenrechten und Verbraucherschutz sowie öffentliches Interesse achten werde. TTIP, so das Ministerium, sei ein zentraler Bestandteil eines reformierten und wettbewerbsfähigen Europas und somit der europapolitischen Vorstellungen des Prime Ministers.

Alle im britischen Unterhaus vertretenen Parteien stehen TTIP grundsätzlich positiv gegenüber. Während dies bei der regierenden Konservativen Partei (AEER) aufgrund des marktwirtschaftlichen Grundverständnisses wenig überraschend ist, fällt auf, dass sich auch die Labour Partei (SPE) trotz der sehr kritischen Stimmen aus dem Gewerkschaftslager positiv bezüglich TTIP äußert und darin gute Möglichkeiten sieht, den Außenhandel Großbritanniens zu steigern.

Die Liberal Democrats (ALDE) ihrerseits (als einzige eine klar pro-europäische Partei) betonen in diesem Kontext die Bedeutung der in Großbritannien zunehmend kritisch gesehen EU-Mitgliedschaft. Nur im Rahmen dieser Mitgliedschaft könne Großbritannien schließlich von diesem Abkommen profitieren.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Die britische Wirtschaft hat ein klares Interesse an dem erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen. Die British-American Business Association hat eine eigene TTIP-Arbeitsgruppe eingerichtet. Der britische Bankenverband BBA unterstützt TTIP ebenfalls uneingeschränkt und sieht darin eine hervorragende Gelegenheit, Banken- und Wirtschaftsregularien effektiv zu koordinieren. Der Vorsitzende des britischen Unternehmerverbandes CBI (Confederation of British Industry), John Cridland, betonte in seiner Stellungnahme die enormen Vorteile, die ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen für die britische Wirtschaft hätte. Trotz dieses hohen Interesses der britischen Wirtschaft an TTIP, hält sie sich bisher mit öffentlichen Kommentaren zurück, was von Regierungsseite sehr bedauert wird.



Vereinigte Staaten von Amerika



Vereinigte Staaten

BIP 2013:

12.625,6 Mrd €

Exporte: **1.703,3 Mrd €**

Importe: **2.086,0 Mrd €**

Im Kontext der transatlantischen Beziehung diente TTIP ursprünglich als ein ernstzunehmender Schritt hin zu Europa. Im Zuge des NSA-Skandals ist das Thema TTIP mehr in den Hintergrund getreten. Hinzu kommen die Midterm Elections, in denen die Parteien, und hier besonders die Demokraten, mit dem Thema TTIP keine Stimmen gewinnen können.

BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

Mediales Echo bekommen in den USA allenfalls die TPP-Verhandlungen. Für die US-Medien sind die TTIP-Verhandlungen noch zu unkonkret, zu komplex und zudem vergleichsweise intransparent, um darüber zu berichten. Erfahrungen mit früheren Freihandelsabkommen zeigen, dass es erst bei der entsprechenden Debatte im US-Kongress zu einer Berichterstattung in den Medien kommt.

DISKUSSION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Nach einer vom Pew Research Center in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung im April 2014 veröffentlichten Umfrage unterstützen die US-Amerikaner generell Freihandel, insbesondere mit der EU, und auch TTIP. Acht von zehn Befragten begrüßen vor allem vertieften Handel mit Deutschland. 76 Prozent der Amerikaner befürworten die Angleichung von Standards bei Dienstleistungen und Produkten durch TTIP.

Generell ist der US-Handelsbeauftragte Froman bemüht, die Öffentlichkeit im Rahmen eines Konsultationsprozesses frühzeitig in die Verhandlungen über TTIP einzubeziehen. So fand am 29. und 30. Mai 2013 eine öffentliche Anhörung zu den Prioritäten von TTIP statt, an der über 60 Vertreter aus der Zivilgesellschaft sowie der Industrie teilnahmen. Viele Regierungsbehörden setzen für verschiedene Sektoren Advisory Committees ein, deren Mitglieder Zugang zu allen Verhandlungsdokumenten erhalten. Die großen Think Tanks in den USA, insbesondere diejenigen mit transatlantischem Fokus, unterstützen TTIP. Der Atlantic Council verschickt einen wöchentlichen Newsletter zu TTIP und stellt Publikationen, Berichte, Zeitungsartikel sowie Veranstaltungen in Europa und den USA zusammen. Das Center for Transatlantic Relations hat ein TTIP-Forum auf seiner Website eingerichtet und informiert regelmäßig durch Studien, Umfragen und Berichte. Ähnliches tun weitere renommierte Einrichtungen wie der German Marshall Fund, Brookings Institution und das American Institute for Contemporary Studies.

Bei den NGOs ist das Bild komplexer. Das Fair World Project stellt sich TTIP mit dem Argument entgegen, dass Freihandel den Kleinbauern schade und Lohnminderungen für einen Großteil der Bevölkerung mit sich bringe. Ähnlich argumentiert das Transnational Institute. Gruppen wie die Citizens Trade Campaign unterstützen Freihandel nur, wenn dieser klar definierten gesellschaftlichen und sozialen Zielen unterworfen ist. Auch der politisch einflussreiche Sierra Club erteilt TTIP eine Absage. Denn das

Abkommen könnte dazu beitragen, Umweltstandards zu unterlaufen und das vom Sierra Club als umweltschädlich betrachtete Fracking aufgrund neuer Exportmöglichkeiten weiter ausbauen. Für Widerstand sorgt ebenfalls der in den Verhandlungen diskutierte Investitionsschutz, von dem befürchtet wird, dass er die Demokratie unterminiere.

TTIP IN DER POLITIK

Die Ausweitung des Handels ist ein Eckpfeiler von Präsident Obamas Wirtschaftspolitik. 2010 etablierte Obama dafür einen Fünf-Jahres-Plan, nachdem die Exporte verdoppelt werden sollten. Dieses Ziel wird höchstwahrscheinlich nicht erreicht werden, trotzdem setzt der Präsident auf die TPP- und die TTIP-Abkommen, die die Wirtschaft in den USA antreiben würden. Dabei werden die TPP-Verhandlungen, die sich bereits in der Endphase befinden, zunächst vorrangig behandelt, ohne dass damit eine politische Absage an Europa verbunden wäre.

Aus der Verfassung ergibt sich, dass der Kongress den Präsidenten bevollmächtigen kann, Verhandlungen über Handelsabkommen zu führen. Der Kongress kann dies mithilfe der Trade Promotion Authority (TPA, auch „fast track“ genannt) tun, ein 1974 eingeführtes Verfahren. Dies würde die Erfolgsaussichten für TTIP (und TPP) vergrößern. Obama hat sein Interesse an einer TPA in seiner Rede an die Nation im Januar 2014 bekundet. Nach Einschätzung von Gary Hufbauer, dem Handelsexperten am renommierten Peterson Institute for International Economics, würden allerdings mindestens die Hälfte der demokratischen Senatoren einer TPA derzeit nicht zustimmen. Die Abgeordneten und Senatoren in den entscheidenden Ausschüssen stammen aus exportstarken Bundesstaaten wie Illinois, Kalifornien, New York oder Texas, die auch hohe Investitionen aus der EU erhalten. Folglich ist dort das Interesse an einem vertieften Handel mit der EU hoch. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass dem Präsidenten am Ende trotz aller politischen Auseinandersetzungen das gewünschte Verhandlungsmandat verliehen wird.

Vor den Midterm Elections werden die TPP- und TIPP-Verhandlungen auf der Behördenebene weitergeführt. Die Obama-Administration möchte dieses Thema aber vor den Wahlen im November 2014 nicht zum Politikum machen. Momentan ordnen die Demokraten alles dem Ziel unter, bei den Zwischenwahlen mindestens die Mehrheit im Senat zu verteidigen. Dazu müssen die Demokraten Einigkeit demonstrieren und dürfen beim Thema Freihandel keine internen Auseinandersetzungen lostreten, weder unter sich noch mit dem Präsidenten. Nach den Zwischenwahlen ergeben sich dann neue Chancen, die TPA-Gesetzgebung und damit auch die Erfolgsaussichten für TTIP (und TPP) voranzubringen.

Demgegenüber unterstützen die traditionell handelsfreundlichen Republikaner sowie Industrie- und Wirtschaftsgruppen den Präsidenten, die ihn eher dafür kritisieren, dass er den Freihandel zu kraftlos vorantreibe. Obama braucht jedoch (nach Hufbauer) die Unterstützung von etwa drei Viertel der Republikaner, um eine TPA zu erlangen. Einige von der Tea Party unterstützten Republikaner, angeführt vom Abgeordneten Paul Broun (Georgia) und dem libertären Senator Rand Paul (Kentucky), wollen grundsätzlich der Exekutive keine zusätzliche Macht beim Thema Freihandel zugestehen.

STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Der mächtige Gewerkschaftsdachverband American Federation of Labor – Congress of Industrial Organizations (AFL CIO) sieht die potentiellen Vorteile von TTIP für US-amerikanische sowie europäische Arbeitskräfte. Allerdings wird befürchtet, dass am Ende vor allem die großen Unternehmen ihre Aktionärswerte verbessern, etwa durch die Verlegung von Produktionsstätten in Niedriglohnländer, der US-Arbeitsmarkt und damit US-Arbeitnehmer zu wenig profitieren und der allgemeine Wohlstand nicht steigt. AFL CIO möchte den Einfluss der Unternehmen auf die Verhandlungen reduzieren und die Position des öffentlichen Sektors stärken. Dachverband und Einzelgewerkschaften erhoffen sich, dass durch TTIP europäische, häufig arbeitnehmerfreundlichere Regeln auf dem US-Arbeitsmarkt eingeführt werden. Die Workers Uniting, eine Vereinigung der US-amerikanischen United Steelworkers und der größten britischen Gewerkschaft Unite, riefen dazu auf, in TTIP eine Finanztransaktionssteuer aufzunehmen, um Sozialprogramme zu fördern. Zudem sollte die European Works Council Directive von 1994, die v. a. die Arbeitnehmervertretung in großen multinationalen, in der EU tätigen Unternehmen stärkt, für US-amerikanische Arbeitnehmer ebenfalls gelten.

Die American Chamber of Commerce to the European Union verspricht sich Vorteile für die großen und kleinen Mitgliedsunternehmen, etwa durch Bürokratieabbau und Preissenkungen. Von TTIP und einheitlicheren Standards sowie einem Abbau von Bürokratie könnten gerade US-amerikanische KMU profitieren. Diese repräsentieren in den USA einen wesentlichen Anteil an der Wertschöpfung, sie generieren knapp die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig würden sie jedoch an Schutz einbüßen, etwa im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe, die strikt auf Bundes- wie auch bundesstaatlicher Ebene reguliert wird. Eine weitere Öffnung der öffentlichen Auftragsvergabe, wie sie in anderen Freihandelsabkommen bereits teilweise existiert, beobachten die KMU daher vorsichtig.

Ölunternehmen und deren Interessenvertretung, das American Petroleum Institute, haben großes Interesse an einer Liberalisierung der Ausfuhrbestimmungen von LNG.

Abkürzungen

Um die Orientierung zu erleichtern, ist soweit möglich und anwendbar bei politischen Parteien aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Klammern die europäische Parteienfamilie bzw. die jeweilige Fraktion im Europäischen Parlament angegeben. Im Einzelnen sind dies:

AECR	Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten
AEMN	Allianz der Europäischen nationalen Bewegungen
ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
EAF	Europäische Allianz für Freiheit
ECPM	Europäische Christliche Politische Bewegung
EGP	Europäische Grüne Partei
EFA	Europäische Freie Allianz
EL	Partei der Europäischen Linken
EVP	Europäische Volkspartei
MELD	Bewegung für ein Europa der Freiheit und der Demokratie
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
GUE/NGL-Fraktion	Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken

Weitere Abkürzungen:

ACTA	Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen
AmCham	US-amerikanische Außenhandelskammer
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CETA	geplantes europäisch-kanadisches Freihandelsabkommen
GVO	gentechnisch veränderte Organismen
ISDS	Streitbeilegungsverfahren zwischen Unternehmen und Staaten
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
LNG	Flüssigerdgas
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
NGO	Nichtregierungsorganisation
TPA	Trade Promotion Authority
TPP	Transpazifische Partnerschaft

Autorenhinweise

Herausgeber:

Dr. Wolfgang Maier,
Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung
Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Redakteur und Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Gunter Rieck Moncayo, Koordinator für
Internationale Wirtschaftspolitik in der Hauptabteilung
Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Die Stimmungsbilder beruhen auf Texten der
nachstehend aufgeführten Autoren.

Die Texte geben den Sachstand vom 15. September 2014 wider.

- **Belgien:** Eva Majewski
- **Bulgarien:** Dr. Marco Arndt
- **Estland:** Thomas Schneider
- **Frankreich:** Dr. Norbert Wagner
- **Griechenland:** Susanna Vogt, Jeroen Kohls
- **Italien:** Silke Schmitt, Patricia Liberatore
- **Kroatien:** Dr. Michael Lange
- **Lettland:** Martin Becker
- **Litauen:** Prof. Dr. Ramūnas Vilpišauskas (Universität Vilnius)
- **Luxemburg:** Eva Majewski
- **Niederlande:** Eva Majewski
- **Polen:** Dr. Christian Schmitz
- **Rumänien:** Sven-Joachim Irmer
- **Slowakei:** Dr. Werner Böhler, Robert Kicina (Unternehmerallianz der Slowakei)
- **Spanien:** Dr. Adriaan Kühn
- **Tschechien:** Dr. Werner Böhler
- **Ungarn:** Frank Spengler, Rita Vargha
- **Vereinigtes Königreich:** Hans-Hartwig Blomeier, Isabel Albrecht
- **Vereinigte Staaten von Amerika:** Dr. Lars Hänsel

IMPRESSUM

Herausgeberin

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
10907 Berlin

Konzept und Redaktion

Dr. Wolfgang Maier
Gunter Rieck Moncayo

Kontakt

Gunter Rieck Moncayo
Koordinator für Internationale Wirtschaftspolitik
Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ)
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 / 2 69 96-35 16
Fax: +49 (0) 30 / 2 69 96-5 35 16
E-Mail: gunter.riECKmoncayo@kas.de

Foto

Titelmotiv unter Verwendung von
© Gina Sanders - Fotolia.com

Layout und Satz

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

ISBN 978-3-95721-078-4

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Quelle Wirtschaftsdaten:
Eurostat, alle Zahlen für 2013

Stand: 31. Oktober 2014
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.kas.de



ClimatePartner^o
klimaneutral
Druck | ID: 53323-1411-1030



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.



Jetzt QR-Code scannen
und Betrag eingeben.

Foto: Ana Gulev/MAS-ACDP



www.kas.de